Ernst von Simsons neu entdecktes Erinnerungsfragment ist keine Sensation, aber doch in dreierlei Hinsicht eine Rarität, die besondere Beachtung verdient: Hier schreibt ein hoher Beamter, der im Staatsdienst vor und nach 1918 viel erlebt hat. Hier berichtet ein kenntnisreicher Außenpolitiker, der in Versailles und Rapallo dabei war, als Weichen gestellt wurden, und hier blickt ein Mann zurück, der vom NS-Regime zum Juden gestempelt und ins Exil gedrängt wurde – trotz seiner immensen Verdienst um sein Volk, die er seinen ehrwürdigen Kollegen im „Amt" nicht mehr vor Augen führen konnte. In den Geschichtsbüchern werden sie aber ihren Platz finden.

Dieter Neitzert

„Das Amt" zwischen Versailles und Rapallo

Die Rückschau des Staatssekretärs Ernst von Simson

Herkunft und Karriere

Das hier vorgelegte Dokument ist ein Erinnerungsfragment, das Ernst von Simson, geboren am 7. April 1876 und gestorben im englischen Exil am 7. Dezember 1941, in den Monaten vor seinem Tode verfasst hat. Ernst von Simson, der im wilhelminischen Deutschland zu hohen Ämtern aufstieg, aber auch noch der Weimarer Republik als Staatssekretär im Auswärtigen Amt diente, obwohl der Umsturz von 1918/19 seine monarchische Gesinnung nicht im mindesten erschüttert hatte, entstammte einer deutschjüdischen Familie, die sowohl dem Besitz- wie dem Bildungsbürgertum angehörte – ein klassisches Beispiel jüdischer Assimilation, wie sie im 19. Jahrhundert so oft angestrebt und erreicht wurde. Seinen Großvater ließen dessen Eltern 1823 als Jugendlichen taufen, sein Vater, der Jurist war, führte dann an der Seite seiner aus einer protestantischen Theologenfamilie kommenden Frau bereits das Leben eines aktiven, die Gemeinde der Neuen Kirche am Berliner Gendarmenmarkt fördernden Christen.

In solchem Milieu, kultiviert, wohlsituiert und preußisch-national geprägt, verlebte Ernst, behütet in einer verzweigten Verwandtschaft, eine glückliche Kindheit. Dass ihnen die nationalsozialistische Judenverfolgung ihre deutsche Identität absprechen sollte, war den Menschen dieser Familien unvorstellbar.

Sein juristisches Studium in Leipzig, Lausanne und Berlin befähigte Simson für den Eintritt in die Richterlaufbahn, in der er allerdings nur relativ kurze Zeit, am Landgericht Düsseldorf, blieb. Schon vorher als Assessor und wieder seit 1910 als kommissarischer, dann ständiger Hilfsarbeiter gehörte er dem Reichsjustizamt an, dem späteren Justizministerium[1]. Damit schien seine Karriere vorgege-

[1] Bester Überblick zur Laufbahn Simsons (mit falschem Todesdatum) bei Joachim Lilla, Der Reichsrat. Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs 1919–1934. Ein biographisches Handbuch, Düsseldorf 2006, Nr. 691, S. 291.

VfZ 3/2012 © Oldenbourg 2012 DOI 10.1524/vfzg.2012.0022
Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ben. 1911 wurde er Vortragender Rat und gehörte nun als Jüngster zur Klasse der „Geheimen Räte". Nach nur fünfmonatiger Tätigkeit als Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsamt wechselte er im September 1918 als Geheimer Legationsrat und Vortragender Rat in die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts, deren Leitung ihm im November 1918 kommissarisch und schließlich mit seiner Beförderung zum Ministerialdirektor und Wirklichen Geheimen Legationsrat am 16. Juli 1919 endgültig anvertraut wurde[2]. Sein ihm dort noch nachgeordneter, in enger Zusammenarbeit verbundener Kollege und einer seiner späteren Nachfolger im Amt war Friedrich Wilhelm Gaus, der mit der Ärztin Käte Huch, in damaliger Diktion einem „Semitenmischling", verheiratet war[3].

Simson selbst war seit 1901 mit Martha Oppenheim glücklich verheiratet, deren Familie sich nicht hatte taufen lassen. Sechs Kinder wuchsen heran, von denen der ältere der beiden Söhne bereits im Studienalter erkrankte und 1928 starb. Schon von Hause aus war Simson die Nähe zu Finanz- und Wirtschaftskreisen nichts Fremdes. Sein Vater saß in den Aufsichtsräten von Mendelssohn & Co in Amsterdam, von Krupp in Essen und in dem der Actiengesellschaft für Anilin-Fabrikation in Berlin, deren langjähriger Vorstandsvorsitzender nun wiederum Franz Oppenheim war, Simsons Schwiegervater. Es dürfte diese familiäre Prägung gewesen sein, die sein Interesse immer mehr auf Wirtschaftsfragen richtete und ihn zu einem Experten in internationalen Handels- und Kartellfragen werden ließ.

Klassisch gebildet, arbeitete er nebenberuflich längere Zeit als Assistent für den alternden Theodor Mommsen. Sein in Kindertagen erwachter Lesehunger begleitete ihn zeitlebens und machte ihn zu einem leidenschaftlichen Büchersammler und Kunstliebhaber. Diese literarische und historisch-politische Belesenheit, seine Sprachkenntnisse, darunter besonders des Französischen, und eine gelassene Weltläufigkeit wurden gerühmt[4].

---

[2] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA/AA), Personalakten Bd.14482 (von Simson).

[3] Dieser Umstand wird hier notiert, weil sich an ihm später die Wege von Gaus und von Simson scheiden, aber auch ähneln werden. Vgl. Dokument. Über die Rechtsabteilung und ihr Rangverhältnis zur Abteilung IA des Auswärtigen Amts und über die Anstellung von Gaus vgl. Gerhard Stuby, Vom „Kronjuristen" zum „Kronzeugen". Friedrich Wilhelm Gaus – ein Leben im Auswärtigen Amt der Wilhelmstraße, Hamburg 2008, S. 30–37.

[4] So von Joseph A. Raczynski (1965–1974 Leiter des Goethe-Instituts Paris, Studienfreund von Simsons Sohn Otto, Professor der Kunstgeschichte), „Erinnertes 1914–1948", unveröffentlichtes Manuskript 1993, Auszüge daraus in Privatbesitz: „Der Geheimrat von Simson war ein vielseitig gebildeter Jurist, voller allgemeiner Interessen, sehr belesen, beeindruckend in seiner Ruhe und Ausgewogenheit, zugleich voll herzlicher und vollendeter Höflichkeit und Anteilnahme auch uns jungen Menschen gegenüber." Ein anderer Zeuge ist Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld, der Simson 1930 in Paris attachiert war (Hans von Herwarth, Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte: 1931–1945, Frankfurt a. M. u. a. 1982, S. 27 f., Zitat S. 29): „Seine Interessen waren außerordentlich vielseitig, so daß ich ständig von ihm lernen konnte. Er kannte die Memoiren des 19. Jahrhunderts wie kein anderer und verstand es, die europäische und vor allem die französische Geschichte für mich lebendig zu machen […]. Niemand konnte sich seinem Charme entziehen […]. Mehr als zwanzig Jahre später trafen Otto und ich uns in Chicago wieder, als ich Bundeskanzler Adenauer auf einer Reise

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zu seinen Aufgaben im Reichsjustizamt gehörte die juristische Betreuung der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, was dazu führte, dass er am 16. Januar 1911 zu ihrem ersten (ehrenamtlichen), allerdings nur ein gutes Jahr amtierenden Generalsekretär ernannt und 1928/29 zum Senator der Gesellschaft berufen wurde[5]. In ihrem Auftrag verfaßte er eine Programmschrift, die in erweiterter Form 1913 zum 25-jährigen Regierungsjubiläum Wilhelms II. erschien und die er mit hoffnungsvollen Worten enden ließ: „Aber ein fester Grundstein ist gelegt, und die Hoffnung erscheint begründet, daß aus dem in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vereinten gemeinsamen Wirken deutscher Gelehrter und opferbereiter Bürger noch manche Förderung der Wissenschaft und in der Folge für die gesamte Menschheit erwachsen wird."[6]

Schon während seiner Tätigkeit im Reichswirtschaftsamt 1918 war Simson als einer der Vertreter Preußens im Bundesrat/Reichsrat an der Reichsgesetzgebung direkt beteiligt[7], durch seine Ernennung zum Leiter der Rechtsabteilung öffneten sich ihm die Türen zum engsten Kreis der leitenden Beamten des Auswärtigen Amts. Mit der Übernahme der in der Zentrale angesiedelten Friedensabteilung, die alle an unterschiedlichem Ort tätigen Delegationen untereinander organisatorisch verbinden und mit den Belangen der beteiligten Ministerien bündeln sollte, gewann er schnell großen Einfluss[8].

In diese Zeit fällt auch sein Engagement gegen die Auslieferung deutscher Offiziere, worüber er im Erinnerungsfragment ausführlich berichtet. Er selbst war Rittmeister der Reserve bei den Fürstenwalder Ulanen und bis 1915 Kriegsteilnehmer, um danach zur Zivilverwaltung des besetzten Belgiens zu wechseln. Sicherlich beseelte ihn bei der Auslieferungsfrage auch Korpsgeist, vor allem aber fühlte er sich in seinem Rechtsgefühl verletzt. Konsequenterweise wollte er nach der Annahme der „Schmachartikel" seinen Abschied nehmen, blieb dann aber aufgrund einer Besprechung mit dem eben zurückgetretenen Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau und dessen Nachfolger Hermann Müller in seinem Amt. Simson mag in seinen Memoiren die eigene Bedeutung als Motor der Entwicklung etwas überzeichnen und Verdienste anderer, so die des ständigen

durch Amerika begleitete. Otto hatte ebenso wie seine Eltern Deutschland nach der Machtergreifung verlassen müssen und war nun Professor für Kunstgeschichte an der Universität von Chicago. […] Ich redete ihm zu, nach Deutschland zurückzukehren und ins Auswärtige Amt einzutreten, da dies sicher im Sinne seines Vaters sein würde und auch der Tradition seiner Familie entspräche. Zu meiner Freude folgte er meinem Rat und begann im Auswärtigen Amt im Amerika-Referat."

[5] Vgl. Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 50 f. (Portraitfoto), S. 275, S. 352, S. 403 u. S. 915.

[6] Ernst von Simson, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, in: Soziale Kultur und Volkswohlfahrt während der ersten 25 Regierungsjahre Kaiser Wilhelm II. Ein Gedenkwerk in ausgewählten Einzelabschnitten, Berlin 1913, S. 79–84, hier S. 84.

[7] Die Personalakte von Simson verzeichnet für 1918 mindestens sechs Reisen nach Weimar, in: PA/AA, Personalakten Bd. 14482.

[8] Leitung der Friedensabteilung ab 30. 8. 1919, in: Ebenda; Simsons Rolle bei den deutsch-polnischen Verhandlungen, in: PA/AA, R 25974 (Handakten Simson).

Verhandlungsführers in Paris, Freiherrn von Lersner, in den Hintergrund rücken. Aber die zögerliche bis ablehnende Atmosphäre im Kabinett und das abweisende Klima bei den Pariser Verhandlungen bekommt durch Simsons Darstellung deutlichere Konturen als bisher bekannt. Dass niemand ihm für die schließlich doch erfolgreichen Anstrengungen gedankt hat, wollte er verschmerzen, die Verletzung, die ihm das nationalsozialistische Deutschland zufügte und das er bei der Niederschrift der Memoiren immer noch sein „Vaterland" nannte, schmerzte um so mehr.

Simsons Blitzkarriere zwischen 1919 und 1921, dem Zeitpunkt seiner Ernennung zum Staatssekretär[9], erklärt sich aus den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit. Der sich seit wilhelminischer Zeit verstärkende Druck der Wirtschaft auf die Politik kehrte sich um in eine Situation, in der die Politik auf die Mithilfe der Wirtschaft dringend angewiesen war, um auf die tagespolitischen Probleme von Reparation, Revolution und Inflation reagieren zu können. Deshalb war im Auswärtigen Amt ein zweites, kurzlebiges Staatssekretariat für Fragen der Wirtschaft eingerichtet worden, das nach Simsons späterem Rücktritt nicht wieder besetzt wurde. Insofern ist der Konservative Simson ein Repräsentant der Revolutionszeit, obwohl er Wert darauf legte, kein „durch die Revolution nach oben geworfener Sozialdemokrat" gewesen zu sein[10].

In den Akten spiegelt sich als ein Charakterzug Simsons, dass er den Aufgaben, die sich ihm stellten, nicht auswich[11], dass er gewillt war, Position zu beziehen[12] und diese bei Verhandlungen auch mit Härte zu verteidigen, dass aber die Verständigung sein politisches Credo blieb[13]. Ihm, dem Enkel des 1870 mit Glanz in Versailles eingezogenen Eduard Simson, fiel nun die Aufgabe zu, als Leiter der Rechtsabteilung die Ratifikationsurkunde des Versailler Vertrags zu unterschrei-

[9] Die Vertretung begann mit dem 29.7., die Ernennung erfolgte am 10.11.1921, in: PA/AA, Personalakten Bd. 14482.

[10] Dokument, S. 461. Zur Karriere im Auswärtigen Amt vgl. Peter Krüger, Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes 1921–1933, in: Das Diplomatische Korps 1871–1945, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard 1985, S. 101–169, hier S. 134 f.

[11] Z. B. als Generalsekretär der Konferenz von Spa vom 5.–16.7.1920. Dafür Rückruf aus der Kur, in: PA/AA, Personalakten Bd. 14482.

[12] Eigenmächtige Rückkehr aus Paris und Rüge des Reichskanzlers. Simsons Stellung im Amt festigte sich dennoch weiter. Zwei Monate später (19.1.1920) erhielt er den Auftrag, eine neue Abteilung Westeuropa einzurichten und zu leiten. „Von meinen jetzigen Chefs ist mir Simson angenehm", so der spätere Staatssekretär Ernst von Weizsäcker am 29.8.1920 an seine Eltern, in: Die Weizsäcker-Papiere, Bd. 1: 1900–1932, hrsg. von Leonidas E. Hill, Berlin 1982, S. 347.

[13] So wird Simson als Koordinator für die Brüsseler Sachverständigenkonferenz (16.-22.12.1920) vom französischen Geschäftsträger in Berlin am 12. Dezember aufgesucht, um im Vorfeld der Konferenz zu sondieren. Er berichtet nach Paris: „Mais il veut, par un exposé loyal de sa situation économique et financière, provoquer les Questions des alliés, y répondre sincèrement et créer ainsi une atmosphère de confiance où les points de vue pourront se rapprocher." In: Documents diplomatiques français sur l'Allemagne 1920, 2 Bde., hrsg. von Stefan Martens unter Mitarbeit von Martina Kessel, Bonn 1992–1993, hier Bd. 2, Nr. 528, S. 1188.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ben und damit die nationale Niederlage zu besiegeln. Umso mehr durfte er auf den demonstrativen Handschlag und die persönliche Anerkennung stolz sein, mit denen ihn sein „alter Verhandlungsgegner" General Lerond 1920 auf der Konferenz von Spa öffentlich auszeichnete. Es waren seine Kenntnisse und sein Augenmaß, gepaart mit sicherem gesellschaftlichem Auftreten, die ihn auch zukünftig für komplizierte internationale Verhandlungen qualifizierten.

Schon als Leiter der Westeuropa-Abteilung und erst recht als Staatssekretär nahm er immer häufiger an Kabinettssitzungen teil. In diese Zeit fallen Bemühungen um bilaterale Handelsabkommen und um Vermittlung des Vatikans bei den USA in der Reparationsfrage und bei der Begebung einer internationalen Anleihe, die Planung einer Zentralstelle für die Erforschung der Vorgeschichte des Weltkriegs, der Entwurf eines deutsch-schweizerischen Schieds- und Vergleichsvertrags als Muster für weitere Verträge, immer wieder Reparationsfragen und schließlich Kontakte mit dem französischen Botschafter wegen deutscher Tendenzen, französische Einfuhren zu boykottieren[14].

Rapallo

Auf den nunmehrigen Spitzenbeamten kamen aber auch verstärkt Fragen der Ostpolitik zu. So stellt den eigentlichen Kern seiner Erinnerungen der Vertrag von Rapallo dar, zu dessen politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sich Simson ungebrochen positiv bekennt.

Seit dem Frieden von Brest-Litowsk 1918 gab es unkoordinierte Kontakte zwischen Deutschland und Sowjetrußland, die im Frühjahr 1922 zu offiziellen Verhandlungen in Berlin führten. Nur die Bedenken der deutschen Seite, der Abschluß eines Vertrags, wie er in Rapallo am 16. April 1922 dann geschlossen wurde, könnte die unmittelbar bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz von Genua bereits im Vorfeld schwer belasten oder auch scheitern lassen, verhinderten eine Unterzeichnung schon in Berlin. Mit dem Verzicht beider Länder auf gegenseitige finanzielle Forderungen (russisches Reparationsbegehren und deutsche Entschädigungsforderungen auf Investitionen und Anleihen der Vorkriegszeit), mit der Gewährung der Meistbegünstigung und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen hoffte Deutschland, der Entente gegenüber größeren Handlungsspielraum zu gewinnen. Ob dieses Ziel der deutschen Politik erreicht wurde, welche Perspektiven die Akteure, so etwa der Reichskanzler Joseph Wirth und sein Außenminister Walther Rathenau, im einzelnen verfolgten und welchen Einfluss die Beteiligten auf den Ablauf der Ereignisse hatten, darüber entbrannte sofort eine kontroverse Diskussion, die bis in die Gegenwart hineinreicht[15].

[14] Vgl. Akten der Reichskanzlei (ARK), Das Kabinett Fehrenbach, 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921, Boppard 1972, Nr. 100, S. 257 f.; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie A, Bd. IV, Göttingen 1986, Nr. 216, S. 450 f., Nr. 223, S. 468–472 u. Nr. 230, S. 485 f.; ARK, Die Kabinette Wirth I u. II, hier Bd. 1: Mai 1921 bis März 1922, Boppard 1973, Nr. 78, S. 220 f.; PA/AA, Paris 559c (Dt. Botschaft).

[15] Vgl. Niels Joeres, Forschungsbericht Rapallo: Zeitgeschichte einer Kontroverse, in: Francia 34/3 (2007), S. 103–126.

Die Hoffnung, dass Simsons Erinnerungen endgültige Antworten auf noch offene Fragen geben, erfüllt sich freilich nicht. Sein Bericht über die Vorgänge in Genua und Rapallo macht aber die politische Atmosphäre lebendig, in der sich die deutsche Delegation bewegte, beschwört eindringlich die Hoffnungen, Ängste und Irrtümer, die dazu führten, dass sich Walther Rathenau, der sehr zögerliche Reichsaußenminister, von Ago von Maltzan, dem Ostexperten des Auswärtigen Amts, zum Abschluss des Abkommens mit Sowjetrußland drängen ließ. Was aber den Ablauf der Dinge angeht, so trägt auch Simson die Version vor, mit der Maltzan und Wirth ihr Handeln vor Reichspräsident Friedrich Ebert zu rechtfertigen suchten; Ebert war erbost, weil er nicht informiert, geschweige denn um Zustimmung gebeten worden war, obwohl er beides der deutschen Delegation vor der Abreise nach Genua zur Pflicht gemacht hatte, und weil er mit der in Rapallo geschehenen Brüskierung der Westmächte keineswegs einverstanden war. Wenn sich Simson auch noch fast zwanzig Jahre danach zu dieser Version bekennt und das Geschehen entsprechend erzählt, so ist er dabei offensichtlich aufrichtig. Doch ist bei der Lektüre einzukalkulieren, dass er – ganz im Sinne des „Architekten von Rapallo" – Maltzans politische Fantasie und Fähigkeit zu sicherer Lagebeurteilung ebenso unterschätzt wie dessen Zielbewusstsein und Durchsetzungskraft, dass also seine Darstellung Lücken aufweist, die von der Forschung mittlerweile so weit wie möglich geschlossen wurden[16].

Abschied vom Amt und Exil

Nachdem Simson am 12. September 1922 das letzte Mal an einer Kabinettssitzung teilgenommen hatte, schrieb er am 6. Oktober aus dem Kurort Bad Kissingen an seinen Kollegen Haniel von Haimhausen und kündigte ihm seine Demission an, die dann am 31. Oktober vollzogen wurde[17]. Die Gründe waren private. Nach dem Tod seines Verwandten Rudolph Oppenheim, des Chefjuristen und Vorstandsmitglieds der Actiengesellschaft für Anilinfabrikation, war dieser Posten neu zu besetzen, der Simson wegen des internationalen Arbeitsfeldes und der finanziellen Ausstattung reizte. Außerdem führte er gesundheitliche Beschwerden ins Feld, die ihn hinderten, sich den Belastungen des Amtes auf Dauer gewachsen zu fühlen. Er schied unter Verzicht auf ein Wartegeld als Staatssekretär z. D. aus dem Reichsdienst und behielt also den Status eines Beamten.

In einem Brief an den neuen Außenminister im Kabinett Wilhelm Cuno, Hans von Rosenberg, versuchte Simson noch, sein Haus zu bestellen. Vergeblich: Seine

[16] Vgl. Niels Joeres, Der Architekt von Rapallo. Der deutsche Diplomat Ago von Maltzan im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik, Heidelberg 2006; Ingeborg Fleischhauer, Rathenau in Rapallo. Eine notwendige Korrektur des Forschungsstandes, in: VfZ 54 (2006), S. 365–415; im größeren Zusammenhang Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 169.

[17] PA/AA, Personalakten Bd. 14482. Politische Gründe für die Demission sind in den Akten nicht zu erkennen.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Stellung fiel den Sparbemühungen der Regierung zum Opfer. Die Abteilung wurde dem politischen Staatssekretär zugeordnet[18].

In seiner neuen Berufstätigkeit machte er schnell Karriere und wurde zum Vorsitzenden der Handelspolitischen Kommission des Reichsverbands der deutschen Industrie (RDI) und 1925 in dessen Vorstand gewählt[19]. Dies wiederum führte zur Zuwahl in die Internationale Handelskammer in Paris. Außerdem leitete er die Rechtskommission des RDI. Sein Sachverstand und seine Personalkenntnisse in Politik und Wirtschaft verhalfen ihm rasch zu Ansehen und Einfluss, so dass schließlich er und nicht ein Jurist der größeren BASF zum Kronjuristen der sich herausbildenden I. G. Farben wurde. Es waren nicht nur seine familiären Verbindungen, sondern mehr noch die Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit, die ihn 1926 als jüngstes Mitglied in den Verwaltungsrat der I. G. Farben einziehen ließ.

In der Einsicht, daß als Voraussetzung einer allmählichen Annäherung der einstigen Kriegsgegner persönliche Bekanntschaften von Nöten waren, gehörte Simson zu den Gründungsmitgliedern und ernsthaften Förderern des deutsch-französischen Studienkomitees, das der Luxemburger Großindustrielle Emil Mayrisch mit Unterstützung deutscher und französischer Regierungskreise 1926 ins Leben rief[20]. In erlesenem gesellschaftlichem Rahmen sollten sich auf zwei alternierenden Jahresveranstaltungen Spitzenkräfte aus Politik, Wirtschaft und Geistesleben beider Länder begegnen und näherkommen, damit für spätere Verhandlungen persönliches Vertrauen entstehe[21]. Nach diesen Prinzipien hat Simson gelebt und sich im geliebt-gehassten Frankreich Respekt erworben.

---

[18] PA/AA, R 28040, S. 248–256/K170665–73. Der Brief an Rosenberg ist für das Persönlichkeitsprofil von Simson und für seine Einschätzung möglicher Nachfolger sehr aufschlussreich. Erwähnt werden die Namen Schröder, Fischer, Hamm, Trendelenburg, Kreuter, Le Suire, Ruppel, Fellinger, Fritz Andreae (Fa. Hardy & Co.), Schubert, Nadolny, Dufour, Ritter. Vgl. auch Ernst von Simson, Gegenwärtiger Stand der Handelsvertragsverhandlungen, in: Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Berlin 1925, H. 25, S. 23–32, hier S. 31, wo er berichtet, dass er bis an die Grenzen der Höflichkeit im Auswärtigen Amt (AA) die Wiederbesetzung der Abteilung Wirtschaft anmahne.

[19] Die Zuwahl erfolgte am 1. 4. 1925; vgl. Veröffentlichungen des RDI (1925), H. 25, S. 13.

[20] Vgl. Guido Müller, Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund, München 2005.

[21] Auch englische Wirtschaftsvertreter entfalteten entsprechende, relativ kurzlebige Aktivitäten, die mit einem Treffen in Broadlands, nördlich Southhampton, begannen, an dem Simson als Sachverständiger für Fragen von Handelsverträgen und einer europäischen Zollunion teilnahm. Die Aussicht auf Verwirklichung letzterer in überschaubarer Zukunft schätzte er skeptisch ein; vgl. ADAP, Serie B, Bd. I,2, Göttingen 1968, Nr. 147, S. 346; Clemens A. Wurm, Das Treffen deutscher und britischer Industrieller in Broadlands im Oktober 1926: Hintergrund und Entstehung, in: Frank Otto/Thilo Schulz (Hrsg.), Großbritannien und Deutschland. Gesellschaftliche, kulturelle und politische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Bernd-Jürgen Wendt, Rheinfelden 1999, S. 33–55, und Clemens A. Wurm, Business diplomacy. Die Zusammenkunft deutscher und britischer Industrieller in Broadlands im Oktober 1926, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 45 (2000), S. 131–157, bes. S. 18 u. S. 28 des Internetausdrucks. Vgl. auch die breit aufstellte, alle Parteien repräsentierende, bisher nicht weiter erforschte Parallelvereinigung „Deutsch-englische Vereinigung/Anglo-german Association" von 1929, die auf deutscher Seite vom ehemaligen

Denn das Auswärtige Amt verzichtete nicht auf seinen Rat und beauftragte ihn während weiterer zehn Jahre mit internationalen Verhandlungen. So war er zweimal zu Sondierungen beim Vatikan in Rom, in Paris begleitete er als „Generalsachverständiger des RDI" die sich über drei Jahre hinziehenden Verhandlungen für einen deutsch-französischen Handelsvertrag[22], und während der Londoner Konferenz von 1924 empfahl er dem Wirtschaftsminister eine eher harte Linie: Man solle keine Kompensationen für eine vorgezogene Räumung des Ruhrgebiets anbieten, weil sie ohnehin kommen werde[23]. In Genf hatte er 1927 als Mitglied einer Delegation der Internationalen Handelskammer auf der Konferenz zur Abschaffung von Ein- und Ausfuhrverboten beratende Funktion, ebenfalls in Genf war er 1928 als Verhandlungsführer der deutschen Seite bei zwei Tagungen des Sicherheitskomitees zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz tätig[24], und in Paris leitete er 1929/30 die langwierigen, schließlich gescheiterten Verhandlungen für eine vorzeitige Rückgliederung der Saar[25]. Auch 1931 und 1932 ergingen an ihn noch Aufträge für Verhandlungen in Paris und Genf.

Die Wertschätzung, der sich Simson kurz vor dem Schicksalsjahr 1933 erfreute, zeigte sich 1932 in der internen Diskussion um die Besetzung für den Vorsitz einer Völkerbundskommission: „Bei der allgemeinen Wichtigkeit dieser Frage für die zukünftige Gestaltung der deutschen Völkerbundspolitik gewinnt die Auswahl unseres Vertreters in der IV. Kommission jedenfalls ganz besondere Bedeutung, so daß nur Persönlichkeiten vom Range Simsons und Rheinbabens dafür in Frage kommen dürften."[26]

Solche Aufträge brachten dem zur Disposition gestellten Beamten Ernst von Simson Ehre und Mühsal. Höchste internationale Ehre fand der ehemalige Richter und leidenschaftliche Jurist schließlich in acht Ehrenämtern, die ihm nach

Reichskanzler Cuno, auf englischer Seite vom späteren britischen Außenminister Lord Reading geleitet wurde. Deutscher Schriftführer (und engagiertes Gründungsmitglied) war der Berliner Rechtsanwalt Walther von Simson, ein Neffe Ernst von Simsons. Unterlagen zum Gründungsvorgang in Privatbesitz. Vgl. Margarete Gärtner, Botschafterin des guten Willens. Außenpolitisches Arbeiten 1914–1950, Bonn 1955, S. 163 f.

[22] Vgl. Karl Heinrich Pohl, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924–1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt, Düsseldorf 1997, S. 172 u. S. 33 f.; ADAP, Serie B, Bd. VI, Göttingen 1974, Nr. 68, S. 140, Anm. 3.

[23] ARK, Die Kabinette Marx I und II, hier Bd. 2: Juni 1924 bis Januar 1925, Boppard 1973, Nr. 272, S. 945–948 mit Anm. 1 und Hinweis auf Resolution der Handelspolitischen Kommission des RDI vom 6.8. an AA zur Weiterleitung nach London. Die Regierung übernahm die Argumente. Vgl. Jürgen Bellers, Außenwirtschaftspolitik und politisches System der Weimarer Republik (Universität GH Siegen. Diskussionspapiere des Faches Politikwissenschaft 58), Siegen 2002, S. 206 mit Anm. 16.

[24] PA/AA, Personalakten Bd. 14482, dort auch Hinweis auf Teilnahme an der Völkerbundtagung 1928; vgl. Hill (Hrsg.), Weizsäcker-Papiere, Bd. I, S. 384; ADAP, Serie B, Bd. VII, Göttingen 1976, Nr. 164, S. 341–348, und Bd. IX, Göttingen 1976, Nr. 148; Krüger, Struktur, in: Schwabe (Hrsg.), Das Diplomatische Korps, S. 154; Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 396, Anm. 472.

[25] Delegationsleitung und Ablauf der Verhandlungen, in: ADAP, Serie B, Bd. XIII, Göttingen 1979, Nr. 6, S. 14 f. mit Anm. 2.

[26] Ebenda, Bd. XX, Göttingen 1983, Nr. 257, S. 560. Der Auftrag erging an Rheinbaben.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abschluß der Locarnoverträge angetragen wurden. Die Signatarmächte hatten sich in diesen Verträgen verpflichtet, bilaterale Ständige Vergleichskommissionen zu bilden, die aus einem Vorsitzenden, je einem Vertreter der Parteien und zwei Neutralen zusammengesetzt waren und über deren Besetzung gegenseitiger Konsens hergestellt werden mußte. Dass Frankreich bei der Bildung der deutsch-französischen Kommission keine Einwände gegen Simsons Ernennung zum deutschen Vertreter erhob, beweist noch einmal deutlich seine Reputation, die er auch in jenem Land erworben hatte, mit dem sich eine Verständigung besonders schwierig gestaltete. Außerdem gehörte er als deutsches Mitglied den mit Amerika, Belgien, Italien, Polen und der Tschechoslowakei gebildeten Kommissionen an. Und gewiss war er besonders stolz darauf, dass er darüber hinaus als neutrales Mitglied in die schwedisch-spanische und die finnisch-niederländische Kommission gewählt worden war[27]. Anfang 1933 standen vier Mandatsverlängerungen an, zu deren Durchführung die persönliche Zustimmung Hitlers eingeholt und, nach einer Randnotiz Konstantin von Neuraths, erteilt wurde[28].

Trotz aller Ehren: Kurz nach Hitlers Zustimmung verließ ein formularmäßiges Schreiben das Auswärtige Amt, mit dem die Anwendung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 auf Simson und seine Versetzung in den dauernden Ruhestand angekündigt wurde. Immerhin ersetzte Neurath die vorgesehene Schablone des zweiten Briefabsatzes durch ein persönliches Anschreiben, das Simson sofort mit seinem „herzlichen Dank" beantwortete[29]. Wenige Tage später wandte er sich allerdings an seinen alten Mitarbeiter und Vertrauten Gerhard Köpke mit der Frage: „Ich würde nun gern wissen, ob ich Leuten, die mich nach dem Grunde fragen (z. B. meiner Firma) sagen kann, daß es sich um eine Formalität handelt – oder hat die Sache irgend etwas mit der Arierfrage zu tun?" Noch konnte Köpke antworten, die Versetzung habe nur verwaltungstechnische Bedeutung und sei eine Sparmaßnahme, von der 84 frühere Kollegen betroffen seien. „Mit der Arier-Frage und den sonstigen Motiven des Beamtengesetzes hat die Maßnahme […] nichts zu tun."[30] Das wird für den

[27] Simsons Mitgliedschaften sind zusammenfassend dokumentiert in einem Schreiben des Außenministers Neurath an Innenminister Frick vom 13. 1. 1936, in: PA/AA, Personalakten Bd. 14482. Geplante Zusammensetzung fast aller von Deutschland zu unterhaltenden Kommissionen, Stichtag 9. 4. 1927, in: PA/AA, R 53016.

[28] PA/AA, R 53017, bes. L283720 (undatiert) und L283728 (9. 6. 1933). Nach Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund erinnerte die französische Regierung am 21. 11. 1933 an das Weiterbestehen der Vergleichskommission (Commission franco-allemande de conciliation), mit deren Hilfe sie deutsche manquements nach Artikel V der Konvention anmahnen wollte. Simsons Mitgliedschaft wird ausdrücklich erwähnt; vgl. Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 1ère série, Bd. V, Paris 1970, Nr. 39, S. 72.

[29] Neurath am 15. 7. 1933: „Ich sehe mich daher genötigt, Ihre Versetzung in den dauernden Ruhestand vorzunehmen. Ich wollte nicht verfehlen, Sie von der bevorstehenden Maßnahme persönlich in Kenntnis zu setzen und Ihnen gleichzeitig im Namen Ihrer alten Behörde für die langjährigen und hervorragenden Dienste zu danken, die Sie dem Reich geleistet haben. Mit herzlichen Grüßen bin ich Ihr aufrichtig ergebener…", in: PA/AA, Personalakten Bd. 14482.

[30] Ebenda.

Moment den Tatsachen halbwegs entsprochen haben, aber die Uhren tickten. Heikle Fragen wurden inzwischen mündlich „im Club" ausgetauscht oder schriftlich nur verklausuliert angedeutet[31]. Nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 wurde Simson dann wegen zweier jüdischer Großeltern und seiner Verheiratung mit einer Jüdin als Volljude eingestuft, dem der Reichsbürgerbrief und damit alle politischen Rechte verwehrt waren. Auf Grund einer Besprechung mit Staatssekretär Bernhard Wilhelm von Bülow[32], in der Simson nahegelegt wurde, seine Kommissionsmandate auslaufen zu lassen, unterstützten Bülow und Neurath im Januar 1936 zwar dessen Bemühen, für sich und seine Kinder eine Herabstufung zu „Mischlingen" zu erreichen, scheiterten aber schließlich nach achtmonatigem Warten auf Antwort[33].

In den folgenden Monaten, als Simson wegen seiner Klassifizierung als Jude auch seinen Sitz im Verwaltungsrat der I. G. Farben verlor, reifte der Entschluß, Deutschland zu verlassen. In einem Handschreiben vom 30. November 1938 wandte er sich an seinen ehemaligen Adlatus Ernst von Weizsäcker, den nunmehrigen Staatssekretär des Auswärtigen Amts, mit der Bitte, ihm eine offizielle Verlagerung seines Wohnsitzes nach England zu ermöglichen, damit er seines Ruhegehalts nicht verlustig gehe: „Da ich aber in Deutschland mehrere Kinder und zahlreiche Verwandte, frühere Angestellte usw. zurücklasse, die von mir Unterstützungen erhalten, und ich gern meine Lebensversicherung weiter bezahlen würde, ist es für mich von größter Bedeutung, daß ich in Deutschland Einnahmen behalte. Unser Kapital und unser Grundbesitz werden restlos für die Abgaben und für die Ermöglichung eines einfachen Lebens im Ausland durch Transfer aufgebraucht werden." Weizsäcker verschloß sich dieser Bitte nicht und testierte – nach Kontakten zum Polizeipräsidenten Wolf-Heinrich Graf von Helldorf[f], der routinemäßig eine Paßsperre „für Juden, deren Vermögen eine gewisse Grenze nach oben überschreite", gegen Simson ausgesprochen hatte – die Zustimmung des Auswärtigen Amts zur Ausreise auf Widerruf[34]. So konnte das Ehepaar im März 1939 über die Schweiz emigrieren und nahm seinen Wohnsitz in Oxford.

Doch nicht genug: Über den Neffen, Rechtsanwalt Walther von Simson, erfuhr Weizsäcker von einem möglichen Ausbürgerungsverfahren. Sofort erteilte er Weisung an den seit wenigen Monaten im Amt tätigen Referenten Franz Rade-

[31] Gaus an Simson am 16. 6. 1933, in: PA/AA, R 53017, L283732. Wahrscheinlich ist der „Club von Berlin" an der Ecke Jägerstraße/Mauerstraße gemeint, wo man sich gern zum Essen traf.

[32] Bülow, 1885–1936, 1923–1928 Leiter des Sonderreferats Völkerbund, 1930–1936 Staatssekretär des Auswärtigen. Vgl. Biographisches Handbuch des Deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, hrsg. vom Historischen Dienst des Auswärtigen Amts, bisher 3 Bde., Paderborn u. a. 2000–2008, hier Bd. 1, S. 327 f.; Hermann Graml, Bernhard von Bülow und die deutsche Außenpolitik. Hybris und Augenmaß im Auswärtigen Amt, München 2012.

[33] Der gesamte Vorgang in: PA/AA, R 53018, Abschlägiger Bescheid des Innenministeriums vom 26. 8. 1936 an Simson, in Abschrift dem Außenminister lediglich zur Kenntnis gegeben, ohne persönliche Antwort auf Neuraths Brief vom 13. 1. 1936 an Frick. Wahrscheinlich ging die Entscheidung nicht auf Hitler, sondern auf Rudolf Hess zurück. PA/AA, R 100023, Ausbürgerungen, Bl. 191 (Kopie in Privatbesitz).

[34] Ebenda, Bl. 202 (Kopie in Privatbesitz).

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

macher[35], sich der Sache anzunehmen: „Das Auswärtige Amt hat in der Tat ein Interesse daran, daß nicht eines seiner früheren Mitglieder, ohne daß berechtigte politische oder anderweitige Vorwürfe zu erheben sind, von dem Ausbürgerungsverfahren erfaßt wird." Zwar folgte Rademacher für den Moment der Anweisung, antwortete aber seinem Vorgesetzten: „Deutschland lebt in einem Volkskrieg gegen die Juden; sie sind daher grundsätzlich als Volksfeinde zu behandeln. Eine innere Anteilnahme an dem Einzelschicksal darf diese Haltung nicht in Frage stellen. Das Auswärtige Amt, als politische Behörde, müsste meines Erachtens dieses Prinzip hart und unerbittlich zu wahren suchen. Der an sich berechtigte Grundsatz der Fürsorge für ehemalige Angehörige des Auswärtigen Amts und Anteilnahme an ihrem persönlichen Schicksal muß meines Erachtens demgegenüber zurücktreten, sonst könnte leicht der Eindruck entstehen, das Auswärtige Amt hieße nachträglich die Personalpolitik der Systemzeit gut, die Juden im Auswärtigen Amt duldete." [36]

Am 29. Oktober 1940 richtete die Geheime Staatspolizei folgendes, aller Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechendes Schreiben an die Personalstelle des Auswärtigen Amts: „Ich beabsichtige gegen den früheren Staatssekretär Dr. Ernst Israel von Simson das Ausbürgerungsverfahren einzuleiten und dessen inländisches Vermögen mit dem Ziele der Einziehung zu Gunsten des Reiches sicherzustellen. Ich bitte daher, die Weiterzahlung der Ruhegehaltsbezüge an von Simson einzustellen." Es ehrt das Amt, daß es sich weigerte, dieser Bitte nachzukommen, solange sich der Betroffene legal im Ausland befinde. Doch schließlich gab Weizsäcker nach: Indem er für Simson keine „besondere Behandlung" etwa als Geheimnisträger beantragte, wurde die 1939 erteilte Zustimmung zur Wohnsitzverlagerung widerrufen. Am 14. Januar 1941 bestätigte Simson der Schweizerischen Gesandtschaft in London den Erhalt dieser Nachricht – und damit schließen die Personalakten[37]. Wahrscheinlich ist die geplante Ausbürgerung nicht mehr durchgeführt worden, weil Ernst von Simson am 7. Dezember 1941 in Oxford starb und in den Ausbürgerungslisten des Reichsanzeigers nicht genannt wird[38].

Das Dokument

Die hier vorgelegten Erinnerungen des Staatssekretärs a. D. Ernst von Simson sind erst im Jahr 2009 in Deutschland bekannt geworden. Sie sind seither im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts niedergelegt[39].

---

[35] Franz Rademacher, 1906–1973, seit dem Frühjahr 1940 Leiter der Abteilung D III Judenfrage/Rassenpolitik im AA.

[36] PA/AA, Ausbürgerungen, Bl. 187 (6.8.1940), Bl. 189f. (8.8.1940) (Kopie in Privatbesitz).

[37] PA/AA, Personalakten Bd. 14483 Geld-Akten, Personalia Nr. 628 G, von Simson (Kopie in Privatbesitz). Die Witwe Simsons kehrte in der Nachkriegszeit zu ihrem Sohn Otto nach Berlin zurück und starb dort 1971. (Auskunft Prof. Dr. Georg von Simson, Göttingen.)

[38] Vgl. Michael Hepp (Hrsg.), Die Ausbürgerungen deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, 3 Bde., München 1985.

[39] PA/AA, Nachlass Ernst von Simson.

Der Hergang ihrer Auffindung ist folgender: Bei den in Deutschland lebenden Mitgliedern der Familie von Simson waren Kindheits- und Jugenderinnerungen ihres Vorfahren seit längerer Zeit bekannt, sie wurden von Georg von Simson, dem Großneffen des Autors, und seiner Frau Siguna in einer Broschur innerhalb der Veröffentlichungen der Jonas'schen Familienstiftung herausgegeben[40]. Bei der Vorstellung dieser Veröffentlichung auf einem Familientag befand sich unter den Zuhörern Nicholas Parry, ein britischer Urenkel des Autors, der das aus seinem Privatbesitz stammende Schreibmaschinentyposkript des bis dahin verschollenen Kapitels „Auswärtiger Dienst" seinen deutschen Verwandten zugänglich machte und zur Abgabe in das Politische Archiv des Auswärtigen Amts freigab[41].

Die [Zwischen-]Überschrift zeigt, daß es ein Kapitel von umfassender geplanten Lebenserinnerungen bilden sollte. Weil nämlich deren fertiggestellte Teile nur noch Simsons Referendarzeit berücksichtigen, nicht aber mehr seine Tätigkeit als Richter und Justizbeamter, ist anzunehmen, daß der Autor das jüngst bekannt gewordene Kapitel bei der Abfassung vorgezogen hat, vielleicht weil er spürte, daß seine Kräfte nachließen. Wenn er in den Jugenderinnerungen äußerte, daß sie „nicht in dem Gedanken an eine Veröffentlichung" geschrieben seien, so gilt dies sicherlich auch für das Kapitel „Auswärtiger Dienst": Ihm fehlt ein rundender Abschluß.

In Abstimmung mit der Familie von Simson werden die kurzen Aufzeichnungen über die erwähnten Reisen zum Vatikan hier nicht wiederholt, da sie, weil bereits in der Familie vorhanden, im Rahmen der „Erinnerungen" publiziert wurden und sich den politischen Erinnerungen nicht homogen anfügen.

[40] Vgl. Ernst von Simson (1876–1941), Erinnerungen, hrsg. von Georg und Siguna von Simson, Jonas'sche Familienstiftung 2009. Belegexemplare befinden sich in der Staatsbibliothek Berlin und in der Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen. Das Göttinger Exemplar ist bereits zugänglich.

[41] Ich danke herzlich Georg und Siguna von Simson, Göttingen, die mir die politischen Erinnerungen zur Veröffentlichung anvertrauten und Kopien aus den Ausbürgerungsakten von Simson, sowie einen Ausschnitt aus den ungedruckten Memoiren von Joseph A. Raczynski zur Verfügung stellten, Rudolf von Thadden, ohne dessen Hilfe der Kontakt zum Institut für Zeitgeschichte wohl kaum zustande gekommen wäre, sowie den Damen und Herren des PA/AA, die mir mit Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft begegnet sind.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Text[42]

Ernst von Simson

Auswärtiger Dienst.

Meine aktive Tätigkeit im auswärtigen Dienst hat nur vier Jahre gedauert, vom Dezember 1918 bis zum November 1922 und doch hat sie für mein Leben eine grosse Bedeutung gehabt; sie beherrscht meine Erinnerung viel mehr als meine viel längere Tätigkeit im Justizdienst (1897–1918) und in der Industrie (1922–1938). Dabei muss man allerdings berücksichtigen, dass ich mit Fragen der auswärtigen Politik und insbesondere der Handelspolitik auch nach meinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst sehr vielfach in den Jahren 1922 bis 1933 zu tun hatte. Ich war, wie ich wohl sagen darf, wirklich ein Staatssekretär „zur Disposition". Für sehr verschiedene Aufgaben hat das Reich in diesen Jahren meine Dienste in Anspruch genommen und dabei meist für solche, die für aktive Beamte keinen besonderen Reiz hatten, weil bei ihnen wenig Erfolg oder Vergnügen in Aussicht standen. Die Jahre, in denen ich – dauernd oder für einzelne Aufgaben – im auswärtigen Dienst stand, sind die bisher wohl schwersten Jahre für eine solche Tätigkeit gewesen – es sind die von Hitler so oft zitierten „14 Jahre" nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkriegs 1914 bis 1918. Es war wahrhaftig keine Freude, in dieser Zeit an dieser Stelle zu stehen, aber ich mache mir eine Ehre daraus, es getan zu haben. Es ist einfach nicht wahr, zu behaupten, dass es mit Deutschland in den Jahren 1919 bis 1933 ständig bergab gegangen wäre. In sehr vielen und wichtigen Beziehungen, insbesondere in der Stellung dem Auslande gegenüber und in dem Ansehen in der Welt ist das gerade Gegenteil wahr. Wer wie ich, unmittelbar nach Kriegsschluss als Erster zu Verhandlungen nach Paris gegangen ist und an den Konferenzen von Spa, London und Genua in ziemlich massgeblicher Stellung teilgenommen hat, darf in diesen Fragen wohl ein Urteil für sich beanspruchen. Obwohl mir persönlich niemals ein Vertreter der ehemaligen Feinde mit offener Unhöflichkeit entgegengetreten ist, war doch in den ersten Jahren nach dem Kriege die Situation der Vertreter Deutschlands den früheren Feinden gegenüber unsagbar schwer. Es war, als ob sich eine Eiswand zwischen uns und den ehemaligen Gegnern befände – daran waren übrigens nicht nur diese Gegner schuld. Das Gefühl der Ablehnung und Abneigung ging – wenigstens bei mir – fast ebenso stark von unserer Seite aus. Man war zwar durch die Verhältnisse gezwungen, mit diesen Menschen zu verhandeln, aber es war einem in tiefster Seele zuwider. Zu Recht oder zu Unrecht – ich will das hier nicht untersuchen – hatten wir Deutsche am Schluss des Krieges die Überzeugung, dass wir nicht an diesem Krieg Schuld gewesen waren, dass unser Heer und unser Volk sich wunderbar gehalten hatte und dass die vernichtende Niederlage Deutschlands ein hartes und unverdientes Schicksal war. Mit beinahe noch grösserer Sicherheit beherrschte aber unsere ehemaligen Gegner das Gefühl, dass diese Niederlage nur die gerechte Strafe für alle von den Deutschen angeblich verübten Untaten war. In den Friedensjahren nach 1919 hatte man in allen Ländern allmählich wieder etwas vergessen, mit welcher aus

[42] Im Dokument wurden die sprachlichen Eigentümlichkeiten Simsons nur in einigen wenigen Fällen korrigiert.

Hass, Verachtung und Furcht gemischten Abneigung sich die verschiedenen Völker am Kriegsende gegenüberstanden. Es ist daher ein schnöder Undank, wenn Leute, die in den Jahren nach dem Kriege nichts anderes taten, als zu schimpfen und jeder vernünftigen Regelung Schwierigkeiten zu machen, sich das Recht anmassen, über Diejenigen abzuurteilen, die damals die Karre[43] durch den tiefsten Dreck weiterschoben und derer zäher Arbeit der Wiederaufstieg Deutschlands im Grunde zu verdanken ist. Tatsächlich hatte sich das internationale Ansehen Deutschlands überraschend schnell wieder gehoben und so entsetzlich schwer die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles waren, so blieben sie doch hinter dem weit zurück, was kompetente Beurteiler gefürchtet hatten. Ich erinnere nur daran, dass ein so kompetenter Beurteiler wie Helfferich[44] in seiner Schrift über den Versailler Vertrag vorausgesagt hatte, es würden die verheerenden Folgen sich erst in Jahrhunderten beseitigen lassen. Vergleicht man damit, was schon etwa 12 Jahre nach dem Krieg erreicht war – nämlich die Befreiung Deutschlands von fremden Truppen, die fast völlige Erledigung der Reparationsfragen, die grundsätzliche, wenn auch noch nicht vollkommen durchgeführte Anerkennung der internationalen Gleichberechtigung, die Begründung einer zwar zahlenmässig noch kleinen, aber ausgezeichneten Wehrmacht, die langsame Wiederherstellung einer Exportindustrie – so muss der unparteiische Beobachter sagen, dass die Lage viel besser war als man auch bei grossem Optimismus am Kriegsende hätte erhoffen können.

Ich habe mit dieser Abschweifung in eine spätere Zeit nur rechtfertigen wollen, dass ich nach dem Kriegsende Beamter geblieben bin und mich an die exponierteste Stelle habe setzen lassen, nämlich an die Ausführung des Vertrags von Versailles. Ich bin immer im Herzen ein Monarchist geblieben und war niemals ein überzeugter Anhänger der Weimarer Republik. Aber da der Kaiser das Land verlassen und die Beamten von ihrer Eidespflicht befreit hatte, hielt ich es für meine Pflicht weiter mitzuarbeiten, weil die Lage sicher nicht dadurch verbessert werden konnte, dass die alten Beamten alles stehen und liegen liessen[45]. Ich habe niemals einen besonderen Enthusiasmus für die Republik zur Schau getragen (z. B. niemals mit schwarz-rot-gold geflaggt). Ich möchte aber doch als meine Meinung hier niederlegen, dass viele überzeugte Republikaner aus den Reihen des Zentrums und der Sozialdemokratie gleichzeitig wirkliche Patrioten waren und dem Reich hervorragende Dienste geleistet haben.

Mein Eintritt in das Auswärtige Amt wurde dadurch veranlasst, dass Prinz Max von Baden dem Direktor der Rechtsabteilung Walther Simons[46] die Leitung der Reichskanz-

[43] In der Vorlage folgt gestrichen: „aus dem".

[44] Karl Helfferich, 1872–1924, 1915 Staatssekretär im Reichsschatzamt, 1916 im Reichsamt des Innern, scharfer Kritiker der Friedensbedingungen von Versailles. Vgl. Biographisches Handbuch des Deutschen Auswärtigen Dienstes, hier Bd. 2, S. 249 f.

[45] Vgl. hierzu und zu den Spannungen zwischen der Reichsregierung und dem Rat der Volksbeauftragten auf der einen und dem Auswärtigen Amt auf der anderen Seite Wolfgang Elben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965, Kap. B III: Die Außenpolitik als Thema der innenpolitischen Auseinandersetzungen, S. 101–123.

[46] Dr. Walter Simons, 1861–1937, Jurist, Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation, nach Vertragsschluss Rücktritt, im Kabinett Fehrenbach 1920/21 Außenminister, 1922–1929 Präsident des Reichsgerichts, in: Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd. 24, Berlin 2010, S. 441–443.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lei übertragen hatte. Simons war etatsmässig, aber nicht faktisch der Nachfolger des langjährigen Chefs der Rechtsabteilung Johannes Kriege[47] geworden, der mit dem Ausbruch der Revolution im November 1918 seine Stelle aufgegeben hatte. Ich nehme an, dass Simons, der früher mein Kollege im Reichs-Justizamt gewesen war, mich dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Wilhelm Solf[48] für die Leitung der Rechtsabteilung vorgeschlagen hatte. Ich hatte im Reichs-Justizamt das frühere Simonsche Referat – internationales Recht – übernommen und jahrelang viel mit ihm zusammengearbeitet, ihn auch während des Krieges manchmal als Justitiar des Auswärtigen Amts vertreten, so z. B. bei den Friedensverhandlungen mit Finnland im Sommer 1918[49]. Die Ähnlichkeit unserer Namen und unserer Stellungen führte – namentlich im Ausland – oft zu Verwechslungen und ich habe ihm einmal scherzend gesagt, keiner von uns beiden könnte etwas dummes oder kluges machen, was nicht auch dem anderen zur Last geschrieben oder als Verdienst angerechnet würde. Meine Ernennung (zunächst zum Geheimen Legationsrat und Dirigenten, da die etatsmässige Stelle noch von Simons selbst besetzt war) erfolgte durch die Kommissare der Reichsregierung Ebert und Haase am 28. November 1918. Haase, der mich persönlich garnicht kannte und ein ziemlich abstossender, sehr radikaler, sog. unabhängiger Sozialdemokrat war, hatte anfänglich wegen meines Adelsprädikats durchaus nicht unterzeichnen wollen, bis man ihn etwas mühsam davon überzeugt hatte, dass ich nicht grade ein konservativer Junker war und dass der Adel meiner Familie nicht aus den Kreuzzügen stammte[50]. Ebert kannte ich flüchtig vom Reichstag her, ohne dass er wohl irgend eine Vorstellung mit mir verband.

Es würde viel zu weit führen und mir übrigens auch garnicht mehr möglich sein, wenn ich meine Tätigkeit im Auswärtigen Amt im einzelnen schildern wollte. Ich kann nur einzelnes herausgreifen, was mir wichtiger erscheint und sich mir besonders eingeprägt hat. Von meinem Eintritt in das Amt bis zur Ratifikation des Versailler Friedens (also von Dezember 1918 bis zum 10. Januar 1920) habe ich die Rechtsabteilung geleitet. Ich bin während der dem Frieden vorausgehenden sog. Verhandlungen mit den Alliierten – man kann sie allerdings kaum als Verhandlungen bezeichnen – in Berlin geblieben, wo unter der Oberleitung des Grafen Johann Bernstorff[51], des früheren Botschafters in Washington, eine Zentralstelle für die Verbindung mit unseren auswärts – zunächst meist in Spa, später in Versailles – tätigen Delegierten eingerichtet worden war, deren interne Leitung mir oblag. Unvergesslich ist mir der niederschmetternde Eindruck, den die Noten Wilsons im Bundesrat machten, und ebenso das Entsetzen, das die Frie-

[47] Dr. Johannes Kriege, 1859–1937, 1911–1918 Direktor der Abteilung III (Recht) des AA; vgl. Biographisches Handbuch des Deutschen Auswärtigen Dienstes, Bd. 2, S. 656 f.

[48] Wilhelm Solf, 1862–1936, Orientalist, 1900–1911 Gouverneur der Samoa-Inseln, 1911–1918 Leiter des Reichskolonialamts, 1918 Staatssekretär des Auswärtigen, 1920–1928 Botschafter in Tokio, in: NDB, Bd. 24, S. 549 f.

[49] PA/AA, Personalakten Bd. 14476. Am 26. 6. 1919 wurde Simson das finnische Freiheitskreuz II. Klasse verliehen. Ebenda, Bd. 14482.

[50] Simsons Großvater (Martin) Eduard (Sigismund) Simson (1810–1899), am 18. 3. 1888 mit der Verleihung des Schwarzen Adlerordens in den erblichen Adelsstand erhoben, war Präsident der Frankfurter Nationalversammlung sowie des Norddeutschen und Deutschen Reichstags und 1879–1891 erster Präsident des Reichsgerichts.

[51] Johann Heinrich Graf von Bernstorff (1862–1939), von 1908–1917 Botschafter in den USA, leitete die vorbereitenden Maßnahmen für die Friedensverhandlungen.

densbedingungen und die von blindem Hass diktierte sog. lettre d'envoi, mit der sie übersandt wurden, hervorriefen. Es ist allzu rasch vergessen worden, dass dieser Brief an die deutsche Delegation von Lord Lothian[52] (damals Sir Philipp Kerr), allerdings wohl unter Clemenceaus Druck, entworfen worden war[53]. Die ganze Tragweite der wirtschaftlichen Friedensbestimmungen wurden [sic] von vielen Experten z. B. von Rathenau und Helfferich sofort erkannt, aber nach der Durchführung des Waffenstillstands und der damit herbeigeführten Wehrlosigkeit Deutschlands war ein bewaffneter Widerstand ausser jeder Möglichkeit. Trotzdem bin ich auf das entschiedenste gegen die unbedingte Annahme der Friedensbedingungen gewesen. Ich habe damals meine Stellung in einem Memorandum niedergelegt, das sich wahrscheinlich noch irgendwo in den Akten des Auswärtigen Amtes befinden wird, und darin empfohlen, die Bedingungen anzunehmen bis auf zwei Artikel: den, der Deutschland die alleinige Kriegsschuld aufbürdete, und den, der die Auslieferung des Kaisers und der anderen sog. Kriegsschuldigen verlangte[54]. Ich bin noch heute überzeugt, dass eine solche Haltung sowohl aussenpolitisch wie innerpolitisch richtig gewesen wäre. Ich kann mir nur schwer denken, dass man eine Wiederaufnahme des Krieges von der Allierten Seite wirklich riskiert hätte, lediglich um diese Demütigungen des deutschen Volkes durchzusetzen, die für die Allierten kaum einen praktischen Wert hatten und deren Annahme in Deutschland mit Recht als Schande empfunden wurde. Nachdem die deutsche Regierung die Friedensbedingungen ohne Einschränkung angenommen hatte, habe ich meinen Abschied erbeten, mit der ausdrücklichen Begründung, dass ich unter keinen Umständen als Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes an einer etwaigen Auslieferung von sog. Kriegsschuldigen mitwirken wolle. In einer Besprechung mit Graf Brockdorff-Rantzau[55], der nach der

[52] Philip Henry Kerr, 11. Marquess of Lothian, 1882–1940, Privatsekretär Lloyd Georges, als Mitglied der Pariser Friedenskonferenz gegen Deutschland agierend, entwickelte er sich zu einem föderalen Europapolitiker und Vertreter der Appeasement-Politik.

[53] Erst Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919, in: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1–101, hier S. 91, hat die Autorschaft von Philip Kerr durch einen Textvergleich wieder erschlossen, die den Zeitgenossen nicht verborgen geblieben war. Der Text der Mantelnote in deutscher Übersetzung, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Darmstadt 1997, Nr. 130, S. 357 ff.

[54] Ein ähnliches Memorandum, am 30. 6. 1919, also zwei Tage nach der Unterzeichnung des Vertrags, von Simson an Göppert weitergeleitet, befindet sich in: PA/AA, R 25981 (nach einem dankenswerten Hinweis von Herrn Dr. Keiper): „In dem ganzen Friedensvertrag gibt es keine Bestimmung, die so geeignet ist[,] einen wirklichen Völkerfrieden unmöglich zu machen, die so sehr eine dauernde Vergiftung der Beziehungen herbeiführt, wie gerade diese Vorschrift über die Auslieferung. […] Die sozialistischen Parteien aller Länder müßten, wenn es ihnen mit der internationalen Verbrüderung ernst ist, auf das Entschiedenste gegen die Durchführung der Auslieferungsvorschriften protestieren. […] Wenn die Entente […] immer wieder betont hat, es müsse Gerechtigkeit geübt werden, […] so wird eine ruhiger urteilende Zeit zweifellos erkennen, daß man von Gerechtigkeit jedenfalls dann nicht sprechen kann, wenn der bisherige Feind als Richter über seine Feinde zu Gericht sitzen will."

[55] Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, 1869–1928, nach mehrjähriger Tätigkeit als Gesandter in Kopenhagen 1919 deutscher Außenminister und Leiter der Friedensdelegation, ab 1922 Botschafter in Moskau.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Annahme der Friedensbedingungen seinen Abschied genommen hatte[56], und seinem Nachfolger Hermann Müller wurde dann festgelegt, dass ich hierzu nicht verpflichtet sein sollte, vielmehr mein Amt nur vorläufig beibehalten sollte, um auf dem Wege besonderer Verhandlungen den Versuch zu machen, die Allierten zu einem Verzicht auf die Auslieferung zu bewegen. Tatsächlich ist dieser Versuch dann gelungen und da ich darin neben dem Rapallovertrag die politisch wichtigste Aktion meines Lebens sehe, möchte ich den Hergang etwas ausführlicher schildern.

Der Versailler Vertrag bestimmte, dass sowohl der Kaiser wie die in einer nach Inkrafttreten des Vertrages von den Allierten zu überreichenden Liste aufgeführten Personen zur Aburteilung ihrer Kriegsverbrechen vor Gerichte gestellt werden sollten, die von den Allierten eingesetzt werden würden[57]. Es war eine vollkommen phantastische, jedem natürlichen Rechtsgefühl widersprechende Idee, dass unter der Maske eines Gerichtshofes Männer, die gar nicht unparteiisch sein konnten, über die Handlungen ihrer früheren Gegner aburteilen sollten. Ohne weiteres konnte man annehmen, dass die Liste gerade die Namen der hervorragendsten deutschen Offiziere enthalten würde, wie dann ja auch tatsächlich später Hindenburg und Ludendorff darin aufgeführt waren. Dass damit dem deutschen Volke ein Ansinnen gestellt wurde, das tiefste Schmach über Deutschland brachte, musste jedem gerecht denkenden Menschen, vor allem aber jedem Juristen klar sein. Es ist mir immer erstaunlich geblieben, wie verhältnismässig wenig die öffentliche Meinung in der Welt durch diese entsetzliche Idee empört worden ist. Auch in Deutschland selbst war – wohl wegen der am Kriegsende eingetretenen Apathie und wegen der unzähligen anderen Sorgen, die vielen zunächst dringender erschienen – die Allgemeinheit gar nicht in dem Masse entrüstet und mit dieser Frage beschäftigt, wie es mir persönlich natürlich erschien. Ich hatte die Empfindung, dass die Auslieferung dieser sicher zum grössten Teil nicht nur unschuldigen, sondern sogar höchst verdienten Männer ein unauslöschlicher Schandfleck sein würde – ein nationales Unglück, das man auf alle Fälle vermeiden müsse. In Gemeinschaft mit Dr. Gaus[58], dem Justitiar des Auswärtigen Amts, arbeitete ich ein Memorandum aus, das den Allierten vorschlug, auf die Auslieferung zu verzichten, sofern Deutschland selbst eine Untersuchung der Anklagefälle durch die höchste Instanz im deutschen Reich, das Reichsgericht in Leipzig

[56] Das gesamte Kabinett Scheidemann erklärte am 20.6.1919 seinen Rücktritt, um der zur Unterzeichnung am 28. Juni gewillten Regierung Bauer Platz zu machen.

[57] Vgl. zum Folgenden Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, bes. S. 264–270 u. S. 322–343; Gerd Hankel, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003; Daniel Marc Segesser, Recht statt Rache oder Rache durch Recht? Die Ahndung von Kriegsverbrechen in der internationalen wissenschaftlichen Debatte 1872–1945, Paderborn u.a. 2010, S. 212–232; vgl. auch Alan Kramer, Kriegsrecht und Kriegsverbrechen, in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz, Paderborn u.a. 2009, S. 281–292.

[58] Dr. Friedrich Wilhelm Gaus, 1881–1955, nach unterschiedlichen Tätigkeiten, hauptsächlich in der Rechtsabteilung, von 1923 bis 1943 deren Leiter, beteiligt an der Textgestaltung wichtiger internationaler Verträge, einschließlich des Hitler-Stalin-Pakts, 1939 Unterstaatssekretär. Nach Internierung 1947 Hauptzeuge der Anklage im Wilhelmstraßen-Prozess; vgl. Stuby, Friedrich W. Gaus.

vorzunehmen versprach. Es ist jetzt nach vielen Jahren schwer sich vorzustellen, auf welche Schwierigkeiten ich dabei im Reichskabinet stiess. Das Reichskabinet bestand fast ganz aus Sozialdemokraten. Viele von ihnen, darunter z. B. der damalige Minister Dr. David[59] – ein an sich braver und anständig gesinnter Mann – konnten ihre Parteivorurteile gegen Offiziere, um die es sich ja in erster Linie handelte, nur schwer überwinden und vertraten Ideengänge wie – wenn diese Leute unschuldig seien, würden sie falsche Anklagen ja wohl entkräften können, und wenn sie schuldig seien, so könne man das deutsche Reich nicht ihretwegen in neue Schwierigkeiten verwickeln[60]. Ich rechne es dem damaligen Aussenminister und späteren Reichskanzler Hermann Müller hoch an, dass er sich von diesen Parteivorurteilen freimachte und meine Ausführungen im Kabinet unterstützte, die dahin gingen: jeder Angeklagte, auch der schuldige, habe das Recht, von unparteiischen Richtern, nicht von Feinden, abgeurteilt zu werden. Die Auslieferung eines Landsmanns an ein feindliches Gericht sei ein unerhörtes moralisches Unrecht, das man niemals rechtfertigen könne[61]. Ich war sehr froh, als ich es erreichte, die Ermächtigung vom Kabinet zu erhalten, direkte Verhandlungen in Paris mit den Vertretern des sog. Obersten Rats der Allierten auf der Basis meines Memorandums zu führen. Gelegenheit dazu boten Verhandlungen, die ich mit General Lerond[62] und den Vertretern Polens über die Ausführung der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen zu führen hatte. Nach einer Vorbereitung durch den geschickten Führer unserer ständigen Delegation in Paris, Freiherr von Lersner[63], reiste ich mit Gaus nach Pa-

[59] Eduard David, 1863–1930, Mehrheitssozialdemokrat, Vertreter der Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg, Mitglied verschiedener Kabinette, 1919 Reichsinnenminister.

[60] Wie weit diese persönliche Einschätzung Simsons allgemeine Gültigkeit beanspruchen darf, bleibe dahingestellt. Bereits in der Kabinettssitzung vom 28. 6. 1919, dem Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrags, war es Eduard David, der weitere Verhandlungen „zur Vermeidung der Auslieferung Deutscher an die Entente" forderte. ARK, Das Kabinett Bauer, 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, Boppard 1980, Nr. 7, S. 22–28, hier S. 27.

[61] Vgl. ebenda, Nr. 83, Kabinettssitzung vom 18. 10. 1919, S. 313, und Nr. 88, Kabinettssitzung vom 28. 10. 1919, S. 328 (ohne Hervorhebung der Initiative Simson). Am 28. Oktober wurde beschlossen, eine „zuverlässige Persönlichkeit" zu Sondierungen nach Paris zu schicken, d. h. den am 18.10. im Kabinett vortragenden Simson. Das detailliertere Protokoll der vorbereitenden Sitzung des Außenministeriums vom selben Tag, in: PA/AA, R 25981 (Handakten Simson).

[62] Henri Louis Edouard Le Rond (auch: Lerond), 1864–1949, Divisionsgeneral, 1920 Vorsitzender der interalliierten Verwaltungs- und Abstimmungskommission in Oppeln/Oberschlesien.

[63] Dr. Kurt Freiherr von Lersner, 1883–1954, seit 1908 im Auswärtigen Dienst, seit 5. 7. 1919 Vorsitzender der deutschen Friedensdelegation, nach der Unterzeichnung des Vertrags aus dem Reichsdienst ausgeschieden, u. a. 1929 bis 1934 Beratertätigkeit für die IG Farben und damit wieder in Kontakt zu Simson. Eine ungetrübte Zusammenarbeit zwischen Lersner und Simson bestätigen die Lersner-Tagebücher; vgl. Horst Mühleisen, Kurt Freiherr von Lersner. Diplomat im Umbruch der Zeiten 1918–1920. Eine Biographie, Göttingen/Zürich 1988, S. 247, allerdings mit deutlicher Überzeichnung der Rolle Lersners für die Anwesenheit Simsons in Paris.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ris und verhandelte dort mit Dutasta[64] und Berthelot für Frankreich[65], mit Sir Eyre Crowe[66] für England, mit Polk[67] für die Vereinigten Staaten und mit dem japanischen[68] und italienischen[69] Vertreter für Japan und Italien, indem ich sie einzeln in Begleitung von Lersner aufsuchte und ihnen meine Ideen vortrug. Es waren Verhandlungen, die mich innerlich tief erregten und die, zum Teil, namentlich mit Sir Eyre Crowe, auch äusserlich einigermassen stürmisch wurden. Crowe, der ständige und sehr einflussreiche Unterstaatssekretär im Foreign Office, der England im Conseil Suprème vertrat, war Sohn einer Deutschen und mit einer Deutschen verheiratet. Gerade dieser Umstand hatte vielleicht dazu beigetragen, dass er schon vor Kriegsausbruch einer der entschiedensten Gegner Deutschlands war und dass er im Kriege eine tiefgehende Abneigung gegen alles Deutsche empfand und gewissermassen zur Schau trug. Als ich ihm meinen Plan einer Aburteilung durch das Reichsgericht entwickelte, lehnte er das zunächst schroff ab, indem er dem Sinn nach sagte, dass eine Krähe der anderen nicht die Augen aushacken würde. Ich wies diese Beleidigung unseres Obersten Gerichts mit scharfen Worten zurück und sagte dann, ruhiger werdend, gewissermassen zur Erklärung: er möge die Heftigkeit meiner Worte entschuldigen. Seine Äusserung über das Reichsgericht habe mich um so empfindlicher getroffen, als mein Grossvater der erste Präsident dieses Gerichtshofes gewesen sei. Crowe, der wohl fühlte, dass er zu weit gegangen war, lenkte darauf sofort ein und wurde merklich freundlicher – er hatte vielleicht vorher auch gedacht, ich sei ein durch die Revolution nach oben geworfener Sozialdemokrat – aber er blieb sachlich ablehnend, wenn er auch Erwägung zusagte. Am meisten entgegenkommend waren der Italiener und der amerikanische Vertreter – der Japaner hatte immer nur zu allem, was ich sagte, gelächelt. Es war ein harter Schlag für mich, als mir schon nach wenigen

[64] Paul-Arnaud (auch: Paul-Eugène) Dutasta war von 1918 bis 1920 französischer Botschafter in Bern und gleichzeitig Generalsekretär der französischen Delegation wie auch der Friedenskonferenz von Versailles. 1921 verließ er den diplomatischen Dienst, um in die Industrie zu gehen.

[65] Philippe Berthelot, 1866–1934, Mitglied der französischen Friedensdelegation, 1920–1933 (mit einer Unterbrechung) Generalsekretär des Außenministeriums, 1925 Berater Briands in Locarno. Wiedergabe der Verhandlung Simson/Berthelot/Dutasta nach Berthelots Bericht im Obersten Rat am Folgetag, dem 21. 11. 1919, in: Documents on British Foreign Policy, 1919–1939 (DBFP), London 1948, 1. Ser., Bd. II: 1919, Nr. 28, S. 379–382.

[66] Eyre Alexander Crowe, Experte für territoriale westeuropäische Fragen und einflussreiches Mitglied der britischen Friedensdelegation in Paris, unter Lord Curzon 1920 zum ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office ernannt.

[67] Frank Lyon Polk, 1871–1943, amerikanischer Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und vom 28.7–9. 12. 1919 Leiter der amerikanischen Friedensdelegation in Paris.

[68] Welches Mitglied der japanischen Delegation Simsons Gesprächspartner war, ließ sich nicht ermitteln. Die Hauptdelegierten waren ein ehemaliger Ministerpräsident, ein ehemaliger Außenminister und die drei amtierenden japanischen Botschafter in London, Paris und Rom.

[69] Der italienische Gesprächspartner war Vittorio Scialoja (1856–1933), ehemaliger italienischer Justiz- und Außenminister, Jurist für Römisches Recht, von 1921[-1932] Delegierter beim Völkerbund und italienischer Unterzeichner der Locarno-Verträge. Auf den Konferenzen 1921 in London und 1922 in Genua war er Mitglied der italienischen Delegation – es gab also unterschiedliche Möglichkeiten, auch zukünftig in Kontakt zu bleiben. Vgl. Harry Graf Kessler, Das Tagebuch 1880–1937, hier Bd. 7: 1919–1923, hrsg. von Angela Reinthal, Stuttgart 2007, S. 372; DBFP, 1. Ser., Bd. XIX, Nr. 76.

Tagen Philippe Berthelot im Beisein von Dutasta, zwar höflich, aber vollkommen ablehnend antwortete[70]. Ich beschloss daraufhin, meine Verhandlungen mit General Lerond, für die schon ein Termin in den nächsten Tagen bestimmt war, gar nicht erst aufzusuchen, sondern reiste denselben Tag wieder nach Berlin zurück. Dies gab einen gewaltigen éclat in Paris und in Berlin. Ich war mir darüber ganz klar gewesen, wollte aber gerade die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Frage lenken und die Empörung in Deutschland anfachen. Es war mir eine merkwürdige Empfindung, als beim Aussteigen am Bahnhof Zoologischer Garten in Berlin die Zeitungsverkäufer riefen: „Ministerialdirektor v. Simson verlässt Paris" und alle Zeitungen in gewaltigen Schlagzeilen ähnliche Überschriften enthielten. Auch im Kabinet hatte ich keine leichte Stellung[71]. Der Reichskanzler Bauer warf mir vor, durch meine Eigenmächtigkeit die Gehorsamspflichten eines Beamten verletzt zu haben, aber wieder trat Hermann Müller für mich ein, indem er darauf hinwies, dass ich, nachdem der Versailler Vertrag unterzeichnet worden war, wegen der Auslieferungsbestimmungen meinen Abschied verlangt hätte und nur auf seinen Wunsch geblieben wäre, um eine Änderung dieser Bestimmungen zu versuchen. Persönlich liessen mich die Angriffe des Reichskanzlers um so kühler, als mir der Reichsjustizminister Schiffer[72] in einer Pause der Kabinetssitzung anbot, als Staatssekretär in sein Ministerium überzutreten, falls ich nicht mehr im Auswärtigen Amt bleiben könnte. Der Sturm beruhigte sich aber wieder und das Kabinet beschloss nun, die von uns vorgeschlagenen und von den Gegnern abgelehnten Untersuchungsmassnahmen unabhängig von dieser Zustimmung durchzuführen. Der Reichsjustizminister Schiffer brachte einen Gesetzentwurf[73], der eine Untersuchung aller Beschuldigungen durch das Reichsgericht vorsah, im Reichstag ein und seiner grossen Geschicklichkeit gelang es verhältnismässig leicht, ihn durchzusetzen. Die Allierten übergaben später zwar wenige Tage nach dem Inkrafttreten des Vertrags (10. I. 1920), ihre Liste, die ihnen der Freiherr von

[70] Hier zeigt der Text eine Erinnerungslücke. Simson war nach der ersten Verhandlungsrunde vom 4.-6. 11. 1919 nach Berlin zurückgekehrt, wo er am 11.11. im Kabinett vortrug; vgl. ARK, Das Kabinett Bauer, Nr. 100, S. 266 f. mit Anm. 7. Für seine Rückkehr nach Paris empfahl Lersner: „Empfehle gehorsamst, Ministerialdirektor v. Simson mit möglichst wenig, unter ihm stehenden Kommissaren und möglichst weitgehenden Vollmachten nach Paris zu entsenden." Mühleisen, Freiherr von Lersner, S. 301, Anm. 222. Die Ablehnung der deutschen Vorschläge geschah während der zweiten Verhandlungsrunde vom 20.-21. 11. 1919. Aufzeichnung Simson für AA, [21. 11. 1919], in: ADAP, Serie A., Bd. II, Nr. 238; vgl. auch PA/AA, R 25974 (Handakten Simson: Deutsch-polnische Verhandlungen, dort weitere Arbeitspapiere mit Simsons Korrekturen zur deutschen Antwortnote auf die alliierte Note vom 8. 12. 1919); Krüger, Außenpolitik, S. 95–101. Simsons schnelle Abreise zur Berichterstattung in Berlin ließ bei den Alliierten, besonders bei Clemenceau, Zweifel an der Aufrichtigkeit der deutschen Bereitschaft aufkommen, die Bestimmungen des Waffenstillstands und des Friedensvertrags auszuführen. Die für den 1. Dezember vorgesehene Ratifikation des Vertrags wurde daraufhin seitens der Alliierten (bis zum 10. 1. 1920) verschoben; vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Bd. 60 (1919 II), München 1923, S. 603 f.

[71] ARK, Das Kabinett Bauer, Nr. 107 a, S. 401–403, und Nr. 107 b, S. 404–407.

[72] Dr. jur h. c. Eugen Schiffer, 1860–1954, Mitbegründer der DDP, Reichsfinanzminister im Kabinett Scheidemann, Reichsjustizminister in den Kabinetten Bauer II und Wirth I.

[73] ARK, Das Kabinett Bauer, Nr. 123, Kainettssitzung vom 8. 12. 1919, S. 461, und Nr. 125, Kainettssitzung vom 10. 12. 1919, S. 464.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lersner sofort zurückschickte, indem er ablehnte, sie weiter zu befördern[74]. Ernstlich haben die Allierten niemals auch nur einen Versuch gemacht, eine Auslieferung tatsächlich zu verlangen und wenige Monate später wurde auf der Konferenz von Spa auf Vorschlag von Lord Birkenhead (damals Lord Chancellor von England) [75] die Angelegenheit als durch die deutsche Gesetzgebung vorläufig erledigt bezeichnet und nie wieder aufgegriffen.

Als ich meinen Kampf gegen die Auslieferungsartikel des Versailler Vertrags begann, hatten mir viele Leute immer wieder versichert, dass es ein völlig aussichtsloses Unternehmen sei. Es gab kaum Jemand unter meinen Berufsgenossen und auch den mir nahestehenden Menschen, der wirklich an einen Erfolg glaubte. Nachdem später die Auslieferungsgefahr abgewendet war, dachte umgekehrt fast Niemand mehr daran, wie gross die Gefahr gewesen war und man hielt es für mehr oder minder selbstverständlich, dass eine Auslieferung von den Allierten nicht verlangt worden war. Natürlich kann man nicht strikte beweisen, dass die Allierten tatsächlich Auslieferungen verlangt haben würden, wenn ich meine Aktion unterlassen hätte und die Verfahren vor dem Reichsgericht nicht stattgefunden hätten. Ich war und bin davon überzeugt, dass sie es, nachdem sie einmal diese unsinnige Aktion angefangen hatten, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in ihren Ländern hätten tun müssen und dass es notwendig war, ihnen eine Rückzugsbrücke zu bauen. Das war eben die Untersuchung durch das Reichsgericht und diese wäre ohne die vorherigen Verhandlungen mit den Allierten nicht möglich gewesen. Keiner der über tausend Leute[76] die auf der Auslieferungsliste standen, hat mir je für meine Bemühungen um seinen Kopf gedankt – vielleicht hat auch kaum Einer von ihnen darum gewusst. Mir genügte und genügt das Bewusstsein, in dieser Sache durch meine Initiative und Hartnäckigkeit einen Erfolg erreicht zu haben. Als ich das erste Mal wegen der Auslieferungsfrage nach Paris reiste, sagte mir einer der Beamten des Auswärtigen Amts: Wenn Sie das durchsetzen, so haben Sie den Pour le mérite verdient. Das will ich nun nicht gerade sagen – aber wohl eine etwas bessere Behandlung, als sie mir mein Vaterland zu Teil werden liess. Natürlich fehlte es damals auch nicht an Kritikern, welche die Untersuchung der Anklagefälle durch das Reichsgericht eine Schande fanden – ohne sich zu überlegen, dass irgend etwas als Ersatz angeboten werden musste, um den Allierten den Verzicht auf ihre Forderungen überhaupt zu ermöglichen. Einer der Führer der Konservativen im Reichstage Geheimrat Schultz-Bromberg[77] kam während der Reichstagsverhandlungen über das Gesetz, welches das Reichsgericht als Untersuchungsbehörde und Gericht für die von der Entente Angeschuldigten einsetzte[78], zu mir auf die Tribüne des Bundesrats und sagte – wohl ohne Kenntnis meiner Beteiligung an diesem Gesetz –: Ihr Grossvater wird sich im Grabe herumdrehen, wenn dies Gesetz durchgeht! – Bei meiner Verehrung für meinen Grossvater gab mir diese Äusserung doch einen Stich ins Herz, obwohl ich sie für ganz falsch hielt und dies auch dem alten Schultz-Bromberg deutlich

[74] Zur Reaktion des Kabinetts vgl. ebenda, Nr. 161, S. 580 mit Anm. 13.
[75] Frederick Edwin Smith, 1872–1930, seit 3. 2. 1919 Britischer Lordkanzler, enger Vertrauter und Kabinettskollege von Lloyd George.
[76] Tatsächlich waren es 895 Personen; vgl. ARK, Das Kabinett Bauer, Nr. 160, S. 574 mit Anm. 3.
[77] Georg Schultz(-Bromberg), 1860–1945, 1907–1930 Mitglied des Reichstags, seit 1919 DNVP.
[78] Reichsgesetz vom 18. 12. 1919, in: RGBl. 1919, S. 2125.

zu verstehen gab. Aber es war mir doch eine innere Beruhigung und Freude, als mir der 76 Jahre alte Adolf Wach[79], der berühmte Leipziger Jurist, Freund meines Grossvaters und mein verehrter Lehrer, an einem der nächsten Tage schrieb:

„Leipzig, 17. 11. 1920.
Mein lieber verehrter Freund,
Albrecht (Mendelssohn Bartholdy)[80]
soll Ihnen diesen Gruss überbringen, der zugleich ein freudiger Glückwunsch, sein soll zu dem bisherigen Ausgang der Auslieferungsverhandlungen. Für das, was Sie dazu getan, gebührt Ihnen der Dank eines jeden Deutschen.
In alter Freundschaft herzlichst
Ihr Wach."

Die Untersuchungen des Reichsgerichts führten, wie zu erwarten war, in fast allen Fällen zu einer Einstellung des Strafverfahrens, da irgendwelche Beweise für die angeblichen Greuel von den Kriegsgegnern gar nicht beigebracht wurden und in der grössten Zahl der Beschuldigten ihre völlige Haltlosigkeit ohne weiteres zu erweisen war. So bewirkte das Verfahren für die grosse Mehrzahl der Beschuldigten eine öffentliche Feststellung ihrer Unschuld. Nur in ganz wenigen und unbedeutenden Fällen kam es zu Verurteilungen[81].

Die Auslieferung des Kaisers war angesichts der mutigen Haltung der Holländischen Regierung niemals in Frage gekommen. Wie ich von sehr wohl unterrichteter Seite damals hörte, hatte der englische Gesandte im Haag[82] in nicht-officieller Weise wegen der Auslieferung mit dem holländischen Aussenminister[83] gesprochen. Dieser hatte in dem Sinne erwidert, er werde ein officielles Ersuchen um Auslieferung des Kaisers damit beantworten, dass er dem Gesandten, der einen solchen Antrag stelle, sofort seine Pässe aushändigen lassen werde. Holland würde den Antrag als eine Neutralitätsverletzung und als eine Beleidigung Hollands auffassen. Der Antrag wurde darauf nicht wiederholt.

[79] Dr. Adolf Wach, 1843–1926, Professor für Zivilprozeß und Strafrecht von 1875–1920 in Leipzig, Schwiegersohn des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy.

[80] Dr. Albrecht Mendelssohn Bartholdy, 1874–1936, Enkel des Felix Mendelssohn Bartholdy und Schwiegersohn von Adolf Wach und seiner Frau Elisabeth, engster Studienfreund Simsons, seit 1920 Professor für Zivilrecht in Hamburg, als Berater der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage Mitglied der deutschen Friedensdelegation, Mitherausgeber der Aktenpublikation „Die Große Politik der Europäischen Kabinette". 1933 zwangsemeritiert, anschließend aus allen übrigen Ämtern verdrängt, 1934 nach Oxford emigriert.

[81] Mendelssohn Bartholdy referiert einen ungenannten englischen Journalisten zur Frage der Parteilichkeit des deutschen Gerichts: „Zwar könne man die Urteile nicht diskutieren, ehe sie in ihrer Gesamtheit vorlägen, aber wenn das Verfahren und der Präsident des Gerichts gleichblieben, dann werde es schwer sein, zu behaupten, daß nicht jede mögliche Anstrengung gemacht worden sei, zur Wahrheit über die erhobenen Anklagen zu kommen." Ders., Leges inter arma. Betrachtungen zu den Leipziger Prozessen gegen die „Kriegsbeschuldigten", in: Deutsche Juristen-Zeitung 26 (1921), Sp. 441–448, hier Sp. 448.

[82] Malcolm Arnold Robertson, damals britischer Gesandter im Haag. Er wurde von Ronald William Graham abgelöst.

[83] Herman Adriaan van Karnebeek, 1874–1942, langjähriger niederländischer Außenminister.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Eine andere Frage schien mir damals, ob nicht der Kaiser gut getan hätte, zu erklären, er sei für die Kriegführung verantwortlich und bereit, alle seine früheren Offiziere zu decken. Ich sprach mit einem dem Kaiser nahestehenden Herrn darüber und regte an, ob man nicht mit dem Kaiser in diesem Sinne sprechen könne. Es wäre eine ausserordentlich eindrucksvolle Geste gewesen und für das Ansehen der Dynastie vielleicht von grosser Bedeutung. Tatsächlich wäre wohl keine grosse Gefahr für den Kaiser vorhanden gewesen, da die Allierten in die grösste Verlegenheit gekommen wären und die Holländer die Auslieferung nicht zugelassen hätten. Der betreffende Vertraute des Kaisers erklärte es aber für ganz unmöglich, solche Gedanken mit dem Kaiser zu erörtern – dieser stehe auf dem Standpunkt, dass es eine Erniedrigung sein würde, sich einem Gericht der Gegner zu stellen. Ich gebe zu, dass sich über die Frage streiten lässt, aber gerade als Anhänger der Monarchie hätte ich es gern gesehen, wenn der Kaiser sich vor seine Offiziere gestellt hätte, und ich meine noch heute, dass eine solche Handlung ihm nicht geschadet, sondern ihm nur Ehre gemacht hätte. Es liegt mir aber natürlich ganz fern, ihm einen Vorwurf daraus zu machen, dass er anderer Meinung war. In meiner Eigenschaft als Direktor der Rechtsabteilung fiel mir die Aufgabe zu, im Anschluss an die Verhandlungen, die ich im Dezember 1919 mit General Lerond und Vertretern Polens über die Durchführung der auf Polen bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrags in Paris führte, das Ratifikationsprotokoll des Vertrags von Versailles am 10. Januar 1920 zusammen mit dem Freiherrn von Lersner zu unterzeichnen. Die Verhandlungen über Polen hielten mich einige Wochen in Paris auf; sie waren im höchsten Masse unerfreulich und anstrengend, General Lerond – der spätere Oberkommissar für Oberschlesien[84] – war ein intelligenter Leiter von Verhandlungen und wohl im Grunde auch ein anständiger Charakter, aber von einer geradezu aufreizenden Steifheit und, wenigstens anfänglich, Überheblichkeit. Er fühlte sich als Sieger und versuchte bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, uns das vae victis möglichst deutlich vor Augen zu führen. Es war für uns eine Art Sport, ihn durch noch grössere, äusserlich höfliche, Bockigkeit ins Unrecht zu setzen und allmählich zu einer sehr viel verbindlicheren Haltung zu veranlassen. Bei der ersten Besprechung mit ihm und den Polen brachte er – ganz nach Art der sog. Versailler Verhandlungen – fertige Entwürfe mit und verlangte von mir sofortige Stellungnahme. Ich äusserte mich zu jedem der zahlreichen Paragraphen, die er mir vorlas, zunächst überhaupt nicht und bat ihn immer wieder, weiter zu lesen, was ihn allmählich etwas unsicher machte. Als er endlich fertig war, sagte ich, ich würde nun mit meinen Herren seine Vorschläge studieren und ihm Antwort geben, wenn unsere Prüfung beendet sei und wir von unserer Regierung Instruktionen darüber hätten. Er versuchte mich dadurch einzuschüchtern, dass er seine Paragraphen als Beschlüsse des conseil suprème bezeichnete, worauf ich ihm erwiderte, dass für uns derartige Beschlüsse selbstverständlich nicht verbindlich seien. Als wir am Schluss einen neuen Termin für eine weitere Zusammenkunft feststellen wollten, sagte Lerond, er wolle darüber zunächst allein mit den Polen verhandeln, und bat mich und die anderen deutschen Herren, solange in einem Nebenzimmer zu warten. Da mir diese Zumutung ebenso überflüssig wie unhöflich erschien, erwiderte ich sofort, leider seien ich und die meisten anderen Herren meiner Delegation jetzt nicht in der Lage zu warten, da wir noch anderes zu tun hätten. Ich wür-

[84] ARK, Das Kabinett Müller I, 27. März bis 21. Juni 1920, Boppard 1971, Nr. 84, S. 201–203.

de den Legationssekretär Richard Meyer[85] hier lassen, der mir dann später Leronds Vorschläge übermitteln könne. Lerond wusste natürlich ebenso gut wie ich, dass ich nichts anderes in Paris zu tun hatte, als mit ihm zu verhandeln, und dass meine Bemerkung nur eine Zurückweisung seiner Verhandlungsmethoden war, aber er lenkte sogleich ein und sagte, wir könnten ja auch gleich alle zusammen über den nächsten Sitzungstermin sprechen. In wenigen Minuten waren wir dann darüber einig. Ich führe diese Kleinigkeiten nur als Beispiel dafür an, wie man sich zunächst gegen den Siegerhochmut wehren musste. Er verlangte anfangs auch von mir; dass ich schriftliche Bemerkungen in französischer Sprache an ihn richten sollte. Auf meine erstaunte Gegenfrage, wie er zu diesem Verlangen komme, sagte er, er habe immer gelernt, dass französisch die Diplomatensprache sei. Ich erwiderte ihm, dass ich mich seit vielen Jahren mit Völkerrecht beschäftige, einen solchen Satz aber nicht kenne. Ich würde ihm meine Gegenvorschläge auf deutsch übergeben. Aus courtoisie und, um die Verhandlungen zu beschleunigen, würde ich eine französische Übersetzung beifügen; massgebend für mich sei aber mein deutscher Text. Das nahm er etwas verstimmt an. Allmählich kam ich aber mit Lerond auf einen ganz erträglichen Fuss. Er sah wohl ein, dass ich sachlich zu loyaler Verhandlung auf der Basis des Vertrags bereit war, aber auf einer würdigen Behandlung bestehen würde. Wir kamen dann auch zu einigermassen erträglichen Abreden, obwohl natürlich unsere hilflose Verhandlungsposition wesentliche Erfolge unmöglich machte. Mehrfach hat aber Lerond im Lauf der Verhandlungen unsachliche Ansprüche der Polen, an denen es niemals fehlte, zusammen mit mir bekämpft. Es war eine sehr mühsame Zeit. In der letzten Nacht sassen wir bis 4 Uhr Morgens und, während ich um 2 Uhr von der Müdigkeit fast überwältigt war, wurde ich zu meiner Befriedigung am Schluss wieder ganz lebendig, als die Gegner erschlafften[86]. In der gleichen Zeit wurde auch über die vollkommen exorbitanten Strafforderungen der Allierten wegen der Versenkung der deutschen Flotte durch Admiral Reuter in Scapa Flow verhandelt[87]. Es gelang wenigstens, die ursprüngliche Forderung auf Herausgabe fast allen wichtigen vorhandenen Hafenmaterials (die unsere grössten Seehäfen vollkommen lahm gelegt hätte) zum grossen Teil auf Neubauten umzustellen und auch den Gesamtwert des Schadenersatzes um etwa 600 Millionen Mark zu vermindern. Der hartnäckigste Gegner war hier England, das sehr zu Unrecht über die mutige Tat des Admiral Reuter empört war und den Ärger nicht verwinden konnte, dass ihm die Beute entgangen war. Später hat sich wohl auch in England eine gerechtere Beurteilung verbreitet. Kein wirklicher Seemann konnte es nach meiner Meinung Admiral Reuter

[85] Richard Meyer (seit 1943 Meyer von Achenbach), 1883–1956, 1919 Legationssekretär bei der deutschen Friedensdelegation, 1935 als Leiter der Abteilung Osteuropa Versetzung in den Ruhestand, 1939 Emigration nach Schweden, 1951 durch Wiedergutmachungsverfahren zum Botschafter a.D. ernannt. Vgl. Richard Meyer von Achenbach, Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik. Eine unterdrückte Denkschrift aus dem Jahr 1953, hrsg. von Julius H. Schoeps, Frankfurt a. M. 1986.

[86] Als Ergebnis der Verhandlungen wurde am 9. 1. 1920 die umfangreiche, nicht nur Oberschlesien betreffende, sogenannte Le Rond-von Simson Konvention unterzeichnet. Vgl. Urkunden zum Friedensvertrage von Versailles vom 28. Juni 1919, zusammengestellt von Herbert Kraus und Gustav Rödiger, 2 Bde., Berlin 1920–1921, hier Bd. 2, Nr. 134. Zur Entstehung vgl. Karsten Eichner, Briten, Franzosen und Italiener in Oberschlesien 1920–1922, St. Katharinen 2002, S. 18–49.

[87] Vgl. Mühleisen, Freiherr von Lersner, S. 241–267.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

verübeln, dass er eine sich ihm durch Schuld der Allierten bietende Gelegenheit (die Nichtbenachrichtigung über Verlängerung des Waffenstillstandes) benutzte, um die Auslieferung der stolzen und tapferen deutschen Flotte zu verhindern[88].

Die Unterzeichnungszeremonien für das Scapa Flow-Protokoll und die Ratifikation des Friedens verliefen Gottlob ungemein schnell und zu meiner Erleichterung ohne Reden. Colonel Henry holte Lersner und mich in einem geschlossenen Auto ab. Wir wurden zunächst in einen Raum geführt, der später Briands Arbeitszimmer war und in dem ich ihn im Jahre 1930 mit Herrn von Hoesch freundschaftlich besuchte[89]. Der sogenannte Conseil Suprème (Clemenceau, Lloyd-George, Orlando und ein Japaner) thronte auf hohen Sitzen und Clemenceau forderte uns zur Unterzeichnung eines Protokolls auf und gab uns dann einen Brief, in welchem die oben erwähnten Änderungen des Protokolls festgelegt waren – auch eine diplomatische Chinoiserie schlimmster Sorte, die die öffentliche Meinung bei den Allierten in dem Glauben lassen sollte, dass wir das Protokoll unverändert angenommen hätten, was aber, wie erwähnt, tatsächlich keineswegs der Fall war. Dann gingen Lersner und ich durch ein dichtes Menschengedränge rasch zu der Salle d'Horloge – vor uns huissiers, die andauernd place, place riefen und nahmen an dem riesigen Hufeisen Platz, an dem die anderen Friedensdelegierten schon standen oder sassen; übrigens wurde unser Eintritt in dem allgemeinen Gedränge und der lauten Unterhaltung kaum bemerkt. Clemenceau eröffnete die Sitzung ohne Ansprache und forderte zunächst uns zur Unterzeichnung auf. Die Siegel neben der Unterschrift waren bereits am Tage vorher beigedruckt worden. Am 6. Januar hatte ich meinem Vater, wie ich aus einem von ihm aufgehobenen Brief ersehe, geschrieben: „Jetzt sind, wie ich hoffe, die grössten Steine aus dem Wege; es bleibt noch viel und recht schwieriges zu tun, aber ich bin auf einen nicht unangenehmen Verhandlungsfuss mit den Gegnern gelangt und zweifle nicht mehr, dass wir – natürlich immer die unglückliche Auslieferungssache nicht gerechnet – zu annehmbaren Ergebnissen gelangen werden. Die Schlusszeremonie, die aber Gottlob nicht-öffentlich und ohne Reden stattfinden soll, wird voraussichtlich am Sonnabend vor sich gehen, und so werde ich denn schweren Herzens, aber doch in dem Gefühl, soweit möglich, die deutschen Interessen gewahrt zu haben, Grossvaters' gutes Siegel unter dieses entsetzliche Friedensdokument setzen." Es war ein grosses Achat-Petschaft mit unserem Wappen, das für den Grossvater im Jahre 1888 nach der Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens geschnitten worden war. Während zuerst ich und dann Lersner zeichneten, flammten natürlich die unvermeidlichen Blitzlichte für die Photographen auf. Nach uns zeichneten zuerst Clemenceau und Lloyd George. Clemenceau kam dann, während die weiteren Delegierten zeichneten, an unseren Platz, reichte mir seine, wie immer, mit einem grauen Zwirnhandschuh überzogene Rechte und teilte mir mit, dass er Order gegeben habe, alle deutschen Kriegsgefangenen zu entlassen. Es sollte übrigens nicht vergessen werden, dass die Allierten, trotz unserer unablässigen Bemühungen und Anträge seit 5/4 Jahren sich hartnäckig weigerten, die Gefangenen frei-

[88] Ende der ersten Lage des Typoskripts.

[89] Dr. Leopold von Hoesch, 1881–1936, 1917–1918 beteiligt an den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und Bukarest, 1924–1932 Botschafter in Paris, wichtiger Vermittler bei der Vorbereitung der Verträge von Locarno, 1932–1936 Botschafter in London. Dieser Besuch fand vermutlich während der Saarverhandlungen statt.

zugeben, obwohl sie ihre längst erhalten hatten und obwohl Deutschland infolge der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen vollständig wehrlos war. Clemenceau schloss die Sitzung mit der Bemerkung, dass der Friede nunmehr geschlossen sei und in allen seinen Bestimmungen durchgeführt werden würde – eine Prophezeiung, die durchaus unrichtig war und wohl mehr einem Wunsch, als einer Überzeugung Ausdruck gab. Während die anderen Delegierten zum Tee in einen Nebenraum strömten, verliessen Lersner und ich mit Colonel Henry natürlich sofort den Quai d'Orsay. Unser Aufenthalt dort hatte im ganzen – für beide Unterzeichnungsakte – noch nicht ganz zehn Minuten gedauert. Wie mir in dieser Zeit zu Mute war, kann man sich denken. Es war mir eine Befriedigung, als die Pariser Zeitungen am nächsten Morgen von M. von Simson, avec son visage froid et impassible, sprachen – genau so wollte ich gern aussehen. Als mir Clemenceau die Hand schüttelte, trat vor mein geistiges Auge das Bild des 18. Dezember 1870. Damals fuhr mein Grossvater im feierlichem Zuge nach der Präfektur in Versailles, um König Wilhelm Namens des Reichstags die Kaiserkrone anzubieten. Mein Vater, der als Offizier im Felde stand, war als eine Aufmerksamkeit für meinen Grossvater zu ihm kommandiert worden und ritt neben seinem Wagenschlag. Mir dem Enkel war das unglückliche Los gefallen, demselben Herrn Clemenceau, der damals schon Deputierter der französischen Kammer war, als französischem Ministerpräsidenten und hartherzigem, unversöhnlichem Sieger gegenüberzustehen. Aber gerade dieser ungeheure Wandel gab mir die innere Zuversicht, dass es sich um keine endgültige Lösung handeln könne. Wohl hoffte ich auf eine Wendung, aber natürlich nicht auf die Wendung, die im Jahre 1940 eingetreten ist und die ich für ebensowenig endgültig halte als die Entscheidung von 1918[90]. Möchte es mir beschieden sein, noch eine gerechte und dauerhafte Lösung mitzuerleben.

Bei meiner Rückkehr nach Berlin übernahm ich im Auswärtigen Amt nicht mehr die Rechtsabteilung, deren Leitung auf Göppert[91] und später auf Gaus überging, sondern die sog. europäische Abteilung (II) in der neuen Einteilung des Auswärtigen Amtes. Diese neue Einteilung war im Jahre 1919, wesentlich nach den Plänen des Leiters der Personalabteilung Direktor Schüler, beschlossen worden und trat zu Anfang 1920 in Kraft[92]. In der Vorkriegszeit hatte das Auswärtige Amt drei Abteilungen und zur ersten in A und B unterteilten Abteilung gehörten die politische Abteilung, die aber nicht Abteilung IA, sondern nur Abteilung A hiess, worauf von ihren Mitgliedern grosser Wert gelegt wurde, und die Abteilung IB, welche die Personalfragen bearbeitete. Die Abteilung II war für die

[90] Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich am 22. 6. 1940.

[91] Dr. Otto Göppert, 1872–1943, seit 1899 mit Unterbrechungen in der Rechtsabteilung tätig, 1920 Vorsitzender der deutschen Friedensdelegation, 1920–1921 Leiter der Friedens- und der Rechtsabteilung, 1922 Gesandter I. Kl. z. D., seit 1922 in verschiedener Funktion im internationalen Schiedsgerichtswesen und im Völkerbund eingesetzt, 1930 Mitglied des Komitees für Schiedsverfahren und Sicherheit des Völkerbunds, vermutlich wieder in Zusammenarbeit mit Simson.

[92] Edmund Schüler, 1873–1952, seit 1906 in der Personalabteilung des Auswärtigen Amts tätig, am 31. 8. 1919 zu deren Leiter ernannt, setzte sich mit seinen „Schülerschen Reformen" für eine grundsätzliche Umstrukturierung des Auswärtigen Dienstes und des gesamten Amts ein, schied aber 1920/21 resignierend aus dem Staatsdienst aus. Vgl. Kurt Doß, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977, mit einer Kurzbiographie, S. 157 f. u. S. 215 ff.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handelspolitischen Fragen, die Abteilung III (Rechtsabteilung) für die juristischen Fragen zuständig. Die eigentlichen Diplomaten arbeiteten in der Abteilung A, die anderen Abteilungen wurden mehr oder minder als sachverständige Hilfskräfte angesehen und ihre Mitglieder wurden im allgemeinen im Auslande nicht im diplomatischen, sondern im konsularischen Dienst verwendet. Der Übergang vom konsularischen zum diplomatischen Dienst war eine nicht häufige Ausnahme. Baron Lucius[93] erzählte mir einmal eine, wie mir scheint, charakteristische Anekdote. Er hatte als Botschaftsrat in Petersburg die Order erhalten, eine handelspolitische Frage direkt mit dem Aussenminister Baron Iswolski zu besprechen. Es kam aber nicht dazu. Auf mehrfache Versuche, dieses langweilige Thema zu erörtern, sagte Iswolski schliesslich, indem er in seinem Lehnstuhl sitzend den Arm du haut en bas nach dem Fussboden schwenkte: mais, mon cher Baron, laissons-cela à la burocratie. Ähnlich waren wohl die Gefühle der Mitglieder der Abteilung A des Auswärtigen Amtes. Diese Einrichtung führte dazu, dass die deutschen Diplomaten eine zwar gesellschaftlich ausgesuchte und vielfach kulturell hochstehende, aber in handelspolitischen und internationalen Rechtsfragen nur sehr oberflächlich unterrichtete Klasse bildete. Schüler, der selbst aus dem konsularischen Dienst stammte und leider ein gewisses ressentissement gegen die Abteilung A nie los wurde, bewirkte mit an sich staunenswerter Energie eine völlige Umwälzung, die aber wohl in ihrem Schematismus zu weit ging. Er teilte in Anlehnung an ausländische Vorbilder, das gesamte Amt in geographische Abteilungen, deren Direktoren für ihren Bezirk sowohl die politischen, wie die wirtschaftlichen und die Rechtsfragen zu behandeln hatten und[94] hierfür die nötigen Referenten erhielten. Mir wurde dabei die westeuropäische Abteilung zugewiesen, nebenher behielt ich die Leitung aller auf den Vertrag von Versailles bezüglichen Fragen. Die Direktoren unterstanden in politischer Hinsicht dem politischen Staatssekretär – ein Amt, das zuerst von Boye und später von mir übernommen wurde. Es war eine Einrichtung, die nur bis zu meinem Rücktritt im Jahre 1922 bestanden hat und die für die Dauer auch kaum empfehlenswert gewesen wäre; sie hatte eine gewisse Berechtigung, solange die Ausführung des Vertrags von Versailles im Vordergrunde stand. Politische und wirtschaftliche Fragen zu trennen, ist bisweilen sehr schwer. Herr v. Haniel, der zu meiner Zeit politischer Staatssekretär war, war ein gewandter, aber etwas bequemer Herr und nicht im mindesten ressortgierig. So hatten wir uns schnell dahin geeinigt, dass Fragen, die mit den Reparationsverpflichtungen aus dem Friedensvertrag zusammenhingen, grundsätzlich zu meinem Ressort gehören sollten. Bei einem aktiveren politischen Staatssekretär wären Reibungen unvermeidlich gewesen. In der ersten Zeit nach dem Weltkriege von 1914 bis 1918 war die Einrichtung des wirtschaftlichen Staatssekretärs aber schon deshalb nützlich, weil das Auswärtige Amt bei der Durchführung des Friedensvertrags gegenüber den inneren beteiligten Ressorts die Führung behalten musste. Diese Führung wurde, so sonderbar das für einen nicht in der Bürokratie Erfahrenen klingt, durch die gehobene Amtsstellung und den Titel des wirtschaftlichen Staatssekretärs tatsächlich erleichtert. Auch im übrigen war an dem Grundgedanken der Schüler-

[93] Hellmuth von Lucius, 1869–1934, 1901 aus dem Militär- in den Diplomatischen Dienst gewechselt, 1919 Gesandter in Stockholm, 1921 persönlicher Mitarbeiter des Reichsaußenministers, zeitweise Vertreter des Staatssekretärs für politische Angelegenheiten.

[94] Ende der zweiten Lage des Typoskripts.

schen Reform vieles richtig, aber sie wurde zu plötzlich durchgeführt. Mir ist die jetzige Organisation des Auswärtigen Amtes nicht bekannt, aber schon vor 1933 war man, soviel ich weiss, mehr oder minder zu dem alten Organisationsplan zurückgekehrt. Schüler war übrigens bei meiner Berufung in das Auswärtige Amt nicht unbeteiligt. Wahrscheinlich betrachtete er es gerade vom Standpunkt seiner Reform als einen Vorzug, dass ich nicht nur im Reichs-Justizamt, sondern auch im Reichs-Wirtschaftsamt tätig gewesen war.

Die Rechtsabteilung, zu deren Leitung ich zunächst 1918 berufen wurde, war eine ungewöhnlich bürokratische und verknöcherte Einrichtung. Unter ihren Vortragenden Räten befanden sich bei meinem Eintritt nicht weniger als vier sog. „Wirkliche Geheime Legationsräte". Dieser Titel war eine Alterserscheinung und entsprach dem „Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat" der inneren Ressorts, dessen Verleihung respektlose jüngere Amtsmitglieder als das „offizielle Blödsinnigkeitsattest" bezeichneten, weil es gerade den ältesten Vortragenden Räten verliehen wurde, die nicht zum Direktor avancierten. Natürlich gab es aber darunter ganz ausgezeichnete Leute. Aber so viele ältere Herren in einer Abteilung waren doch etwas übermässig. Es gelang mir allmählich, eine gewisse Verjüngung durchzusetzen, aber nach meinem Ausscheiden kehrten einige der zur Disposition gestellten Herren wieder zurück, wie überhaupt das Auswärtige Amt eine fabelhafte Zähigkeit gegenüber allen Neuerungen bewies. Trotz der politischen Herrschaft der Sozialdemokraten und des Zentrums in der Weimarer Republik gelang es diesen Parteien nur selten und übrigens mit wenig gutem Erfolg einen der ihrigen in diplomatische Stellungen oder in wichtige Posten der Zentralbehörde (ausser dem Ministerposten) zu bringen und die wenigen Outsider, denen der Einbruch gelungen war, wurden zum grössten Teil nicht recht froh in dem neuen, an sich so schönen und interessanten Beruf. Selbst die doch gewiss nicht von Rücksichten beschwerten Nationalsozialisten sind später nur langsam vorgedrungen und lange Zeit blieben alle wichtigen Botschafterposten in den Händen von Leuten, die durchaus dem alten Régime angehörten. Das Geheimnis, das den diplomatischen Dienst umgibt, wirkt oder wirkte wenigstens früher wie ein Schutzschild für die verhältnismässig kleine clique, denen die interessanten Stellungen vorbehalten waren.

Als ein Kuriosum der bürokratischen Behandlung in der Rechtsabteilung erschien mir gleich der Geschäftsplan, in welchem die Geschäftsbereiche der einzelnen Vortragenden Räte mit peinlichster Genauigkeit aufgeführt waren. Bei dem vortrefflichen und sehr gescheuten Geheimen Legationsrat Otto Göppert stand als erste Nummer der von ihm zu erledigenden Sachen: Bearbeitung unverständlicher Gesuche. In der Tat kamen an das Auswärtige Amt, mehr noch als an andere Zentralstellen, eine grosse Reihe sinnloser Anträge von Querulanten, aber es schien mir doch etwas sonderbar, ihre Erledigung als die erste Aufgabe eines der Herren in einem förmlichen Geschäftsplan zu bezeichnen. Direktor Kriege hatte, wie übrigens auch sein Vorgänger v. Frantzius[95], der mit meiner Kusine Emmy Delbrück verheiratet war, eine stark bürokratische Ader. Noch von Bismarckschen Zeiten her war ein Arbeiten bis in die tiefe Nacht und ein spätes Anfangen des Dienstes üblich. Der mich persönlich bedienende alte Kanzleidiener, ein mit Orden bedecktes Original, der immer im Frack Dienst tat, war auf das höchste erstaunt

[95] Dr. jur. h.c. Friedrich von Frantzius, 1843–1926, von 1902 bis 1911 Leiter der Rechtsabteilung.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und auch erfreut, als ich ihm den ersten Tag erklärte, ich würde nicht länger als bis 7 Uhr Abends auf dem Amt bleiben, wenn nicht eine ganz besondere Veranlassung für eine Ausnahme wäre. Dieser Diener, dessen Name mir leider entfallen ist, war bekannt durch seine bisweilen sehr witzigen Aussprüche im Berliner Dialekt. So sagte er einmal kurz nach dem Versailler Frieden: „Ich wees nich, was dat is. Dat Auswärtige Amt wird immer jrösser und das Deutsche Reich immer kleener." Er hatte garnicht so unrecht mit dieser Kritik, da natürlich die Fülle der neuen Aufgaben bei der Durchführung des Friedens und die Vergrösserung der Zahl der europäischen Staaten die Heranziehung vieler Kräfte nötig machte. Ich rechne es mir übrigens als Verdienst an, dass ich bei der mir obliegenden Durchführung des Vertrages von Versailles nicht eine riesenhafte neue Organisation aufgebaut habe – wie das bei der späteren Bürokratisierung im dritten Reich in so erschreckendem Umfang geschah –, sondern dass die sogenannte Friedensabteilung aus Mitgliedern aller Abteilungen des Auswärtigen Amtes zusammengestellt wurde, die ihre Stellungen in den Abteilungen daneben behielten. Nur wenige habe ich neu einberufen, so insbesondere Geheimrat von Friedberg[96], dessen hervorragende Kenntnisse in der inneren preussischen Verwaltung für die Behandlung der Fragen aus den besetzten Gebieten und dem Saargebiet von grösster Bedeutung waren, und den späteren Gesandten Martius in der Rechtsabteilung[97]. Als wirtschaftlichen Staatssekretär habe ich als meinen nächsten Mitarbeiter den damaligen Vortragenden Rat im Reichsministerium der Finanzen Ritter[98] zum Eintritt in das Auswärtige Amt veranlasst. Alle diese drei, den inneren Ressorts entnommenen Mitarbeiter haben im Auswärtigen Dienst weit über meine Zeit hinaus wichtige Dienste geleistet und sich besonders bewährt.

Mein nächster und wichtigster Mitarbeiter in der Rechtsabteilung war der Geheimrat Gaus, der Justitiar des Auswärtigen Amtes, gewesen. In der neuen, von 1920 ab von mir geleiteten Abteilung waren meine nächsten und von mir sehr hoch geschätzten Mitarbeiter Geheimrat Köpke[99], der später als Ministerialdirektor mein Nachfolger wurde, und der bereits erwähnte Geheimrat von Friedberg. Köpke war durch seinen unerschöpflichen Humor und seinen gesunden Menschenverstand eines der nützlichsten Mitglieder des Auswärtigen Amtes, obwohl ihm manche andere an Kenntnissen und Arbeitskraft überlegen waren. Er war auch persönlich ein ungemein angenehmer Mitarbeiter und innerhalb und ausserhalb des Amtes sehr beliebt. Friedberg hatte wahrhaft staunenswerte Kenntnisse und eine ganz unermüdliche Arbeitslust, war aber ein etwas überscharfer Kritiker seiner Mitmenschen und konnte der Versuchung nicht widerstehen,

[96] Heinrich von Friedberg, 1881–1933, nach Tätigkeiten im Preußischen Ministerium des Innern und im Reichsfinanzministerium Mitarbeiter Simsons in der Abteilung Westeuropa, später Leitung des Referats Besetzte Gebiete und der Referategruppe Westeuropa.

[97] Dr. Georg Martius, 1884–1951, Mitarbeiter Simsons in der Rechtsabteilung, der Abteilung Westeuropa und im Büro Staatssekretär, 1934 Amtsbezeichnung Gesandter, als solcher posthum im Wiedergutmachungsverfahren 1951 rückwirkend zu 1938 anerkannt.

[98] Dr. Karl Ritter, 1883–1968, seit 7. 4. 1922, also kurz vor der Konferenz von Genua, Leiter des Sonderreferats W/Wirtschaft und in der Folge ähnlicher Referate, 1937–1938 Botschafter in Rio de Janeiro, 1939 Leitung aller mit dem Wirtschaftskrieg zusammenhängenden Aufgaben im AA. Bei Kriegsende Verhaftung und Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis.

[99] Dr. Gerhard Köpke, 1873–1953, seit 1903 im Auswärtigen Dienst, 1921 Leitung der Rechts- und Friedensabteilung, 1923 Leitung der Abteilung West- und Südosteuropa, Vertretung des Staatssekretärs, 1935 zwangspensioniert.

einen boshaften Witz zu machen, auch wenn er damit Andere kränkte, während Köpkes behaglicher Humor bei Niemand Verstimmungen hinterliess. Ich behielt die Abteilung bis Herbst 1921 d.h. bis zu meiner Ernennung zum wirtschaftlichen Staatssekretär[100]. Die interessantesten Episoden waren die Konferenzen von Spa und London in den Jahren 1920 und 1921, deren für uns traurige Geschichte zu bekannt ist als dass ich sie hier wiederholen sollte. Nur einige charakteristische Einzelheiten möchte ich erwähnen.

Bei beiden Konferenzen spielte die Hauptrolle Lloyd-George, der damals auf der Höhe seines Ruhms und internationalen Ansehens stand, während in Genua (1922) sein Stern schon im Verbleichen war. Auf deutscher Seite war der Hauptstreiter Walter Simons, der inzwischen Aussenminister geworden war. In Spa war zwar auch der Reichskanzler Fehrenbach anwesend. Fehrenbach war ein äusserst braver und ehrlicher Mann, aber sehr kleinen Formats. Für internationale Verhandlungen war dieser kleinbürgerliche Zentrumsabgeordnete und behäbige süddeutsche Kleinstädter absolut ungeeignet. Er beteuerte bei den Sitzungen in Spa wiederholt in etwas weinerlicher Art seine ehrlichen Absichten, machte damit aber natürlich auf unsere Gegner keinen irgendwie günstigen Eindruck. Die eigentliche Führung lag bei Simons, dessen Persönlichkeit den Gegnern sichtlich imponierte und der insofern sehr günstig für Deutschland wirkte. Auch unter unseren anderen Delegationsmitgliedern waren viele, denen die ehemaligen Feinde die Achtung nicht versagen konnten, so namentlich der kaltblütige und elegante General von Seeckt und der grundehrliche Staatssekretär Bergmann[101]. – Unter den Sachverständigen waren hervorragende Wirtschaftsmänner wie Stinnes, Dernburg, Rathenau. Stinnes' herausfordernde Rede über den Siegerwahnsinn und unmögliche Forderungen auf dem Kohlengebiet war zwar mutig, aber leider eine gänzlich missglückte Unternehmung[102]. Es war nach den damals bestehenden Kräfteverhältnissen noch nicht die Zeit, den Gegnern scharf entgegenzutreten. Einen viel grösseren Erfolg hatte der Bergarbeiter Hue[103] mit seiner ruhigen und in ihrer Schlichtheit überzeugenden Schilderung der deutschen Kohlenlage. Von der Feindseligkeit und eiskalten Ablehnung, mit der uns die Allierten empfingen, ist es schwer, eine Beschreibung zu machen. Schon als unser Sonderzug durch Belgien fuhr, zeigten sich überall an den Häusern Gesichter, die uns mit ebensoviel Neugier wie Abneigung betrachteten; manche schüttelten die Fäuste gegen uns. Unsere Unterbringung war völlig getrennt von der aller allierten Delegierten und von einer fast spartanischen Einfachheit. Fehrenbach und Simons wohnten in einer höchst bescheidenen kleinen Villa, in der, angeblich zu ihrer Sicherheit, auch ein Gendarmerieposten lag. Als ich bei unserer Abreise durch die Villa ging, fiel mir in einem Vorraum eine grosse Batterie leerer Champagnerflaschen auf. Da ich bezeugen kann,

[100] Ernennung am 10. 11. 1921, in: PA/AA, Personalakten Bd. 14482.

[101] Carl Bergmann, 1874–1935, deutscher Vertreter bei der Reparationskommission und Vorsitzender der deutschen Kriegslastenkommission im Rang eines Unterstaatssekretärs im Reichsfinanzministerium, 1921 Demission und Rückkehr ins Bankwesen. Vgl. Peter-Christian Witt, Reichsfinanzminister und Reichsfinanzverwaltung. Zum Problem des Verhältnisses von politischer Führung und bürokratischer Herrschaft in den Anfangsjahren der Weimarer Republik (1918/19–1924), in: VfZ 23 (1975), S. 1–61, hier S. 23, Anm. 79.

[102] Vgl. Christian Schölzel, Walther Rathenau. Eine Biographie, Paderborn 2006, S. 297–306.

[103] Otto Hue, 1868–1922, (Bergarbeiter-)Gewerkschafter, Mitglied des Reichstags (1903–11, 1919–22), 1919 Reichskommissar für Kohleversorgung.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dass Fehrenbach und Simons niemals dort Champagner getrunken haben, werden es wohl die Gendarmen gewesen sein, aber sicher ist dem belgischen Staat dieser Verbrauch als eine unbescheidene Schlemmerei der Boches zur Last geschrieben worden. Bei den Sitzungen traf man sich, aber zwischen den beiden Lagern lag nicht nur eine unsichtbare, aber sehr fühlbare Eisschicht, sondern man blieb auch körperlich getrennt. Bei der ersten Zusammenkunft löste sich ein Offizier aus den feindlichen Reihen und ging über das No-Mans-Land in der Mitte des Saals auf mich zu, um mir die Hand zu geben. Es war mein alter Verhandlungsgegner aus Paris, General Lerond, dem diese schöne Geste wahrscheinlich einigen Entschluss gekostet hatte. Ich stand persönlich auch mit anderen Delegierten der Gegner gut so z. B. mit General Malcolm[104], dem Chef der Britischen Militärmission in Berlin, (später Sir Neill Malcolm), was die Verhandlungen mit General v. Seeckt, bei denen ich zur Überbrückung der sprachlichen Schwierigkeiten mitwirkte, wohl etwas erleichterte. Der erfreulichste Teil der Verhandlungen in Spa war das bereits oben erwähnte Begräbnis der Auslieferungsfrage, das wir Lord Birkenhead verdankten, der in einer zwar etwas oberflächlichen und kavaliermässigen Weise referierte, aber dabei mit voller Anerkennung vom Reichsgericht sprach und die von uns getroffene, in Spa von dem damaligen Reichsjustizminister Heinze[105] und mir in der Kommission vertretene Regelung als die Frage endgültig erledigend bezeichnete. Auch auf dem militärischen Gebiet, der Abrüstungsfrage, schritten wir durch Seeckts geschickte Verhandlung nicht ungünstig ab und in der Kohlenfrage leisteten wir einen sehr hartnäckigen Widerstand, wobei ich mir einiges Verdienst zuschreiben darf. Denn nachdem unsere Sachverständigen zum Teil eine sehr weiche Haltung gezeigt hatten, die auch auf Simons nicht ohne Eindruck geblieben war, fuhr ich mit ihm zu Fehrenbachs Villa, wo die entscheidende Konferenz der Minister stattfand, und beschwor ihn, festzubleiben. Auf seine Veranlassung gab mir dann Fehrenbach zuerst das Wort und am Ende traten alle meinem Vorschlag bei, über unsere bisherigen Zugeständnisse in der Kohlenfrage nicht hinauszugehen. Zum grossen Ärger von Delacroix, dem belgischen Ministerpräsidenten, verkündete Simons dies in der Schlusssitzung mit den Allierten und so schloss die Konferenz wieder mit einem Diktat der Allierten, das wir als unausführbar bezeichneten und das natürlich, wie so viele andere Forderungen der Allierten, tatsächlich nicht ausgeführt wurde. Die innere Leitung der ausserordentlich zahlreichen Delegation, die mir oblag, war sehr anstrengend und bisweilen aufregend; der Finanzminister, der spätere Reichskanzler[106], hatte als Berater Franz von Stockhammern[107] bei sich, einen sehr begabten, aber etwas intriganten Herrn, der ein unwiderstehliches Bedürfnis hatte, überall dabei zu sein, während mir und anderen Herren des Auswärtigen Amts seine Diskretion keineswegs sicher war. Er hat später die Memoiren des Fürsten Bülow herausgegeben, kannte Gott und

[104] Malcolm leitete die Britische Militärmission in Berlin von April 1919 bis November 1921.

[105] Dr. Rudolf Heinze, 1865–1928, Mitbegründer der DVP, Reichsjustizminister in den Kabinetten Fehrenbach und Cuno.

[106] Vgl. umfassend und zustimmend Ulrike Hörster-Philipps, Joseph Wirth: 1879–1956. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1998; zu Wirth kritisch Heinrich Küppers, Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1997.

[107] Franz von Stockhammern, 1873–1930, nach diplomatischer Tätigkeit in Rom und Bern Mitglied der bayerischen Waffenstillstandskommission, seit 1919 Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium.

die Welt und hatte besonders enge Beziehungen zum Vatikan. Als ich ihn einmal bei einer auf die amtlichen Vertreter beschränkten Beratung, meiner Pflicht entsprechend, in meiner Absicht und Meinung nach durchaus verbindlichen Form ersucht hatte, uns allein zu lassen, entstand durch ihn und Wirth, die sehr beleidigt waren, ein kleiner Sturm im Wasserglas und Stockhammern liess mir sogar verblümt mit einer Forderung drohen, was aber natürlich auf mich keinen Eindruck machte. Nach einer Weile beruhigte sich auch alles wieder und Herr von Stockhammern war von da an etwas zurückhaltender. Bei dieser, wie bei späteren Gelegenheiten, bemerkte ich, dass Wirth die Sachlichkeit und Objektivität verlor, sobald es sich um einen Zentrumskollegen handelte. Ich hatte aber bei Fehrenbach und den anderen Kabinettsmitgliedern eine zu starke Stellung, als dass er mir etwas anhaben konnte.

Auch auf der Londoner Konferenz des Jahres 1921[108] hatte ich die innere Delegationsleitung und nahm neben Simons auch viel an den eigentlichen Verhandlungen persönlich teil. Auch hier war die Haltung der Bevölkerung nicht gerade freundlich. Als Lloyd-George zu unserer ersten Sitzung im St. James Palace fuhr, begrüsste ihn der wartende mob mit dem Zuruf: make them pay! Die Welt befand sich damals – mit der rühmlichen Ausnahme von Professor Keynes – noch in dem Irrtum, dass es nur an unserer böswilligen Verstocktheit liege, wenn die astronomischen Ziffern unserer Reparationsverpflichtungen nicht durchgeführt wurden. Unsere sehr ernst gemeinten – übrigens gleichfalls wegen ihrer Höhe immer noch ganz undurchführbaren – Zahlungsvorschläge empfanden die Gegner direkt als Verhöhnung. Ebenso wie Lloyd-George versprochen hatte, den Kaiser hängen zu lassen, hatten die Franzosen ihrem Volke die tröstende Aussicht eröffnet, dass die Deutschen allen Kriegsschaden ersetzen würden (le boche payera tout) und es war nun sehr schwer, diese Ansprüche auf ein verständiges Mass zurückzuschrauben. Die erste Sitzung mit den Allierten ist mir in sehr unerfreulicher Erinnerung. Wir waren am Abend vorher sehr ermüdet angekommen; ich war besonders dadurch etwas mitgenommen, dass mein Stuhl mit mir in Simons' Salonwagen an einer scharfen Kurve umgefallen war und ich mich etwas am Hinterkopf verletzt hatte. Dies war noch in Deutschland geschehen. Ein Mitglied unserer Delegation, der als alter Kolonialmann etwas Doktorerfahrungen besass, hatte mich notdürftig verbunden. In London besah ein englischer Doktor die Wunde, erklärte sie für unbedeutend, liquidierte aber zwei Guineen für diese Feststellung, was ein sehr unerfreuliches Loch in meinen kleinen, sehr kleinen Vorrat an englischem Gelde riss. Wir hatten von Berlin einen Vorschlag für unsere Reparations-Zahlungen mitgebracht, der tatsächlich unser äusserstes Angebot enthielt, weil wir wussten, dass auch dieses die Gegner noch bitter enttäuschen würde und es unter diesen Umständen für das Beste hielten, nicht zu handeln, sondern sogleich ehrlich das Letzte anzubieten, was für uns überhaupt noch tragbar erschien. Unser an sich vortrefflicher Botschafter in London Sthamer[109] hielt das für falsch. Seiner Meinung nach musste man für Lloyd-George die Möglichkeit offen lassen, auf der Konferenz selbst einen Erfolg durchzusetzen, also, einige Zugeständnisse in Reserve halten. Simons liess

[108] Zum Verlauf der Konferenz vgl. Horst Gründer, Walter Simons als Staatsmann, Jurist und Kirchenpolitiker, Neustadt an der Aisch 1975, S. 177–193.

[109] Dr. Friedrich Sthamer, 1856–1931, 1919–1920 Hamburger Erster Bürgermeister, 1920–1930 Deutscher Botschafter in London, Mitunterzeichner der Locarno-Verträge.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sich, gegen meinen Rat, dadurch beeinflussen und so wurde noch in der Nacht alles umgekrempelt und ein für die Allierten noch weniger günstiges Angebot gemacht. Die Folgen waren ziemlich verheerend. Wir hatten alle die ganze Nacht hindurch zu arbeiten und bei der Beobachtung, der wir in unserem Quartier, dem Savoy-Hotel, ausgesetzt waren, wird es dem englischen Nachrichtendienste kaum entgangen sein, dass in letzter Stunde andere Vorschläge ausgearbeitet wurden. Lloyd-George begrüsste am anderen Morgen den völlig überarbeiteten Simons, der wie ein Geist aussah, mit den freundlich gemeinten, aber nicht sehr zutreffenden Worten: How are you, Dr. Simons, you look very fit!, aber als Simons – neben dem ich sass, uns gegenüber Lloyd-George, Lord Curzon[110], Austen Chamberlain[111] und Briand – seine Rede begann, erkaltete die Atmosphäre zusehends und Simons hatte keinen günstigen Tag, da er die Vorschläge viel zu ausführlich und ohne die innere Überzeugung, das Äusserste anzubieten, vorbrachte. Die lange deutsche Rede war für die meisten unserer Gegner, namentlich für Lloyd-George und Briand unverständlich und langweilte die uns Gegenübersitzenden so, dass Briand sich die Zeit mit dem Zeichnen von Karikaturen vertrieb, die dann drüben am Tisch zur Erheiterung zirkulierten, während wir die Empfindung hatten, einen verlorenen, ohnmächtigen Kampf zu führen. Nur Austen Chamberlain verstand Simons' Rede, brachte aber durch lebhaftes Kopfschütteln seine Ablehnung sehr deutlich zum Ausdruck. Es war eine ganz absurde Lage: wir boten Zahlungen an, die tatsächlich sicher schon über das für Deutschland überhaupt Mögliche weit hinausgingen und die Gegner hatten die Empfindung eines lächerlichen Angebots, das ihnen beinahe wie eine Verhöhnung vorkam. Ich sass wie auf Kohlen. Vergebens hatte ich in der Nacht Simons gebeten, zunächst nur die schriftlich niedergelegten Vorschläge zu übergeben und sich eine ausführliche Begründung für später vorzubehalten. Wir hätten dann vielleicht die Möglichkeit bekommen, nicht vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt, sondern zunächst in nicht-öffentlichen Besprechungen unsere Ansichten zu entwickeln und eine Annäherung der gegensätzlichen Meinungen zu versuchen. Auch hätte Simons seine Rede und die Dolmetscher die Übersetzungen besser vorbereiten können. Simons war nicht zu meinem Vorschlag zu bewegen. Er ging hierbei, wie auch sonst öfter, von der unrichtigen Vorstellung aus, dass andere Leute ebenso genau zuhörten und ebenso scharf juristisch auffassten, wie er selbst, und hielt es für höflicher und richtiger, sofort und eingehend alles zu begründen, während er tatsächlich damit die Gegner nur verstimmte. Da seine Rede aus Zeitmangel nicht gut vorbereitet war, sprach er sehr viel weniger gut und klar als sonst. Das schlimmste aber waren die Dolmetscher oder, wie Köpke sie bei dieser Gelegenheit sehr richtig umtaufte, die Tollquatscher. Auch sie waren auf die veränderten Angebote und Simons Rede absolut nicht vorbereitet. Hatte Simons einen nicht sehr glücklichen Ausdruck gebraucht, so betete ich im stillen, dass er in der Verdolmetschung etwas abgeschwächt werden möge. Aber mit tödlicher Sicherheit wurde der Ausdruck in der Übersetzung vergröbert und verschlimmert. Wir hatten damals noch keine Dolmetscher von dem Rang

[110] George Nathaniel Curzon, Marquess Curzon of Kedleston, 1859–1925, britischer Außenminister von 1919–1924.

[111] Joseph Austen Chamberlain, 1863–1937, nahm als Lordsiegelbewahrer und Finanzminister an der Londoner Konferenz teil. Seine deutschen Sprachkenntnisse gingen auf ein Studienjahr in Berlin zurück. 1924–1929 britischer Außenminister, 1925 Friedensnobelpreis.

des ausgezeichneten Schmidt, mit dem ich später oft in Genf war und der in den letzten Jahren ein ständiger Begleiter von Adolf Hitler geworden ist.

Die so unglücklich eingeleitete Konferenz führte nach ausserordentlich mühevollen Verhandlungen schliesslich zu einem offenen Bruch. Es ist hier nicht der Ort, diese komplizierten und jetzt längst überholten Streitfragen über Deutschlands Zahlungskraft im einzelnen zu besprechen. Sehr genaue Aufzeichnungen über die Verhandlungen von allen Hauptbeteiligten, auch von mir, befinden sich in den Akten des Auswärtigen Amts. Lebhaft in der Erinnerung geblieben sind mir die Besprechungen in Lord Curzons Haus zwischen dem englischen Botschafter in Berlin Lord d'Abernon und dem französischen Minister Loucheur[112] einerseits und den Staatssekretären Schröder[113] (Finanzen) und Bergmann (Reparationsfragen) und mir auf der anderen Seite, die auch in der letzten Nacht vor dem Schlussakt der Konferenz im Savoy-Hotel fortgesetzt wurden. Wir konnten zu keiner Einigung kommen. In der Schlusssitzung hielt uns Lloyd-George eine grosse, im Tone des wohlwollenden, aber erzürnten Vormundes vorgebrachte Strafpredigt. Es war oratorisch eine hervorragende Leistung und bei der damaligen Mentalität für die Allierten sicher sehr eindrucksvoll. Uns konnte es andererseits unmöglich ehrlich erscheinen, wenn er, sich mit seinem schönen weissen Kopf über den Tisch zu Simons beugend und diesen mit seinen blauen Augen anstrahlend pathetisch ausrief: England has no other wish then to see Germany rich and prosperous und uns gleichzeitig völlig untragbare Lasten und Strafen für unsere angebliche Verstocktheit auflud. Simons Schlussrede war würdig und machte in Deutschland grossen Eindruck. Als wir mit dem Ergebnis zurückkamen, dass als Strafe Düsseldorf und andere Städte besetzt würden, empfing man uns in Deutschland auf allen grösseren Stationen und besonders auf dem Potsdamer Bahnhof mit grösster Begeisterung. Leider verpuffte diese aber sehr bald und es war noch ein langer Weg zu gehen, ehe unter Stresemann und Brüning ein wirklich erfolgreicher Widerstand beginnen konnte.

Die Unterbringung und Verpflegung unserer Delegation im Savoy Hotel war im Gegensatz zu Spa höchst anständig; wir wurden durchaus als Gäste behandelt, auch gute Autos standen uns zur Verfügung. An der für einen ausgehungerten Deutschen ganz märchenhaften Verpflegung konnte ich mich nicht erfreuen, weil ich auf der Konferenz in Folge der vielen Aufregungen starke Anfälle der nervösen Magenschmerzen hatte, die mich später noch viel gequält haben und deren Beseitigung ich den Kissinger Kuren bei Geheimrat v. Dapper und vor allem wohl meiner späteren ruhigeren Tätigkeit verdanke. Der innere Leiter der allierten Konferenzteilnehmer war Sir Maurice Hankey, der spätere Lord Hankey[114], dessen Anordnungen ausgezeichnet funktionierten. Ich hatte auf der Konferenz auch viel mit englischen und deutschen Presseleuten zu tun, eine

[112] Abschreibfehler der Vorlage, dort: „Londons". Simsons Gesprächspartner war der Franzose Louis Loucheur, seit 16. 1. 1921 Minister für die befreiten Gebiete.

[113] Dr. Franz Clemens Schroeder, 1874–1949, Karriere im preußischen Finanzministerium, seit Ende 1918 Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium. Biographische Daten in: Witt, Reichsfinanzminister und Reichsfinanzverwaltung, S. 22, Anm. 74.

[114] Hankey begann seine Karriere als Marineoffizier, seit 1916 Sekretär des Kriegskabinetts unter Lloyd George. Nahm seit 1920 als Leiter des Cabinet Office an zahlreichen internationalen Konferenzen teil, mehrfach als Generalsekretär der britischen Delegation, 1921 Generalsekretär der alliierten Delegationen auf der Londoner Konferenz.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Tätigkeit, für die ich meiner Meinung nach nicht besonders geeignet war und die mir immer schwer geworden ist. Ich habe später bei Stresemann in Genf sehr bewundert, mit welcher Virtuosität und mit welchem Behagen er der Wissbegierde der Presseleute standhielt. Ich bin mir der Schwierigkeiten sehr wohl bewusst, welche den ernsthaften Pressevertretern bei solchen Gelegenheiten begegnen, aber mir hat immer die Leichtigkeit gefehlt; ich bin von Natur zu genau, um etwas vage Auskünfte zu geben. Wir hatten im Savoy-Hotel im 8. Stock einen Fernschreiber mit Berlin eingerichtet, und da alle die zahlreichen Minister, Beamten und Sachverständigen, die in Berlin zurückgeblieben waren, von äusserster Wissbegierde erfüllt waren, kam ich die Nächte über kaum zur Ruhe. Die Einrichtung des Fernschreibers, die damals noch wenig üblich war, ermöglichte aber eine viel bessere Verständigung als Telefon oder Telegraph.

Unter den Delegierten interessierten die Öffentlichkeit am meisten die Militärs auf beiden Seiten; namentlich der kleine, mit Respekt zu sagen ziemlich obeinige Marshall Foch von der französischen und der unerschütterlich ruhige und auch im Zivil sehr elegante General von Seeckt von unserer Delegation. Von unserem Abschied von England ist mir Folgendes in der Erinnerung geblieben. Ich stand mit Simons und Seeckt auf dem Verdeck des Dampfers, der uns zurückbringen sollte, und Seeckt erzählte mit gutem Humor, seine Frau habe ihn gebeten, ihr einen kleinen Hund mitzubringen. Das sei ihm nun zwar nicht gelungen, aber er bringe ihr einen kleinen Hummer mit – der finge wenigstens mit den selben zwei Buchstaben an. Dabei wies er auf ein kleines Paket, das er trug. Hierbei fiel ihm das bei ihm nie fehlende Monokel aus dem Auge auf das Schiffsdeck und zersprang in Stücke. Völlig ungerührt holte Seeckt ein Ersatz-Monokel aus der Tasche und klemmte es ins Auge.

Die Konferenz von Genua fand im April und Mai 1922 statt. Die internationale Stellung Deutschlands war immer noch sehr unerfreulich, aber sie hatte sich doch aus verschiedenen Ursachen gegenüber Spa und London in den Jahren 1920 und 1921 wesentlich gehoben. Dies lag in erster Linie daran, dass es England und Italien inzwischen recht zweifelhaft geworden war, ob die von Frankreich hartnäckig verfolgte Politik des fortwährenden stärksten Drucks auf deutsche Reparationsleistungen wirklich zum Erfolg führen konnte. Die Politik des Gendarmen, der den unwilligen Schuldner bei jeder Verfehlung am Rockkragen ergreift – ein Bild, das in diesen Jahren von einem relativ so gemässigten Franzosen wie Briand in öffentlicher Rede uns gegenüber gebraucht wurde – erwies sich mehr und mehr als unzweckmässig für die Siegerstaaten und die Annäherung zwischen Ausland[115] und Deutschland beunruhigte die Allierten. Die ewigen Drohungen mit dem big stick des Marshall Foch und weiteren „Sanktionen" gegenüber Deutschland verloren allmählich etwas an Wirkung. Dass die Konferenz unter dem heiteren italienischen Himmel stattfand, mit der letzten vor-faschistischen verhältnissmässig Deutschland-freundlichen Regierung Farta[116], trug auch zur Verbesserung der ganzen Atmosphäre bei. So wurde die Konferenz eigentlich von allen Seiten mit gewissen Hoffnungen eröffnet. Der neue deutsche Aussenminister Rathenau wurde von der englischen und französischen Regierung mit einigem Wohlwollen behandelt, weil man wohl wusste, dass es sein glü-

[115] Abschreibfehler: Im handschriftlichen Manuskript wird „Russland" gestanden haben.
[116] Abschreibfehler: Gemeint ist Luigi Facta, seit Februar 1922 italienischer Ministerpräsident und damit Vorsitzender der Konferenz von Genua.

hender Ehrgeiz war, zu einigermassen tragbaren Abmachungen mit Deutschlands Gläubigern zu kommen, auch wenn dafür schwere Opfer gebracht werden mussten. Walther Rathenau hatte als Minister für Wiederaufbau mit dem französischen Minister Loucheur Verträge geschlossen, über deren praktische Durchführbarkeit begründete Zweifel bestanden, die aber seinen guten Willen ausser Zweifel stellten[117]. Mit der Regierung Lloyd-George hatte er gleichfalls schon als Wiederaufbauminister Fühlung gesucht und namentlich zu Sir Basil Blackett[118], der damals im englischen Finanzministerium eine sehr einflussreiche Stellung hatte, Beziehungen angeknüpft, die vielleicht nicht so eng und herzlich waren, wie Rathenau sich das vorstellte, die aber immerhin offene und verträgliche Aussprachen ermöglicht hatten. Ich möchte an dieser Stelle etwas näher auf Rathenau eingehen, weil dies zum Verständnis des Folgenden nötig ist, wobei ich natürlich die Kenntnis der äusseren Ereignisse seines Lebens als bekannt voraussetze.

Ich kannte Rathenau bereits seit vielen Jahren, als er, nachdem er bereits einige Zeit Minister für Wiederaufbau gewesen war, das Aussenministerium übernahm. Kurze Zeit vor der Übernahme des Wiederaufbauministeriums hatte er mich im Auswärtigen Amt aufgesucht und mich um meine Meinung gefragt, ob er das Angebot annehmen sollte. In seiner leicht etwas übertriebenen Ausdrucksweise sagte er mir dabei, er müsse mir eine Art Liebeserklärung machen, ich sei der einzige Mann im Auswärtigen Amt und er lege auf meine Mitarbeit auch für das Wiederaufbauministerium den grössten Wert. Ich hatte ihm schon damals höflich, aber deutlich abgeraten, den Posten anzunehmen, indem ich ihn davon zu überzeugen suchte, dass er als freier Unterhändler der Regierung bessere Dienste leisten könne. Sein Ehrgeiz war nicht zu halten und führte ihn dann später auf den noch gefährlicheren Posten als Aussenminister, für den er nach seiner persönlichen und geschäftlichen Herkunft viel zu viel Angriffsfläche bot. Schon damals war im deutschen Volke, wenn auch nicht so deutlich wie später, der Antisemitismus viel zu verbreitet, als dass ein Mann von Rathenau's Herkunft als Führer des deutschen Volkes in der Aussenpolitik möglich gewesen wäre, zumal in einer Zeit, in der Deutschland Demütigungen ausgesetzt blieb und die schwersten Opfer auf sich nehmen musste. Gewiss waren seine ganz ungewöhnlichen Kenntnisse und Fähigkeiten, seine Redegewandtheit in vielen Sprachen, seine hohe kulturelle Bildung, seine weitreichenden Beziehungen zu Ausländern und seine Liebenswürdigkeit grosse Vorzüge, aber diesen Vorzügen standen auch sehr grosse Nachteile gegenüber. Er war ein merkwürdig zwiefältiger, im tiefsten Grunde unsicherer und nach meiner Empfindung nicht glücklicher Mensch, in dessen Nähe sich viele, darunter auch ich, nie recht wohl fühlten, weil ihn trotz äusserer Herzlichkeit eine Kälteschicht umgab. Die bei vielen bedeutenden Menschen vorhandene hypothekarische Belastung mit Eitelkeit hatte bei ihm eine gefährliche Grösse erreicht und trübte sein Urteil. Die Freundlichkeiten und Aufmerksamkeiten, die der diplomatische Verkehr mit Ausländern mit sich bringt, nahm er allzuleicht als persönliche Triumphe. Auf der anderen Seite muss ich bezeugen, dass er ein unermüdlicher Arbeiter war, in

[117] Wiesbadener Abkommen vom 6./8.10.1921. Vgl. Krüger, Aussenpolitik, S.146; zu Simsons (industrienaher) verhaltener Kritik vgl. Stephanie Wolff-Rohé, Der Reichsverband der Deutschen Industrie 1919–1924/25, Frankfurt a. M. u.a. 2001, S.216–224.

[118] Sir Basil Blackett, mit weitreichenden Vollmachten seit 1919 Controller of Finance im britischen Schatzamt (Treasury) und Sachverständiger in Währungs- und Reparationsfragen.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tiefster Seele um das Wohl Deutschlands besorgt, und im eigentlichen Sinne des Wortes der geistreichste Mensch, der mir begegnet ist. Es fiel ihm jeden Tag unglaublich viel ein, kluges und weniger kluges, aber jedenfalls gefährlich viel für einen Minister an der verantwortlichsten Stelle. Als sein nächster Mitarbeiter hatte ich die undankbare Aufgabe, ihm sehr viele von den geistreichen Ideen, die er sozusagen auswarf, auszureden, weil sie in der rauhen Wirklichkeit nicht praktikabel waren. Er nahm das Auswärtige Amt auch viel zu sehr wie einen industriellen oder kaufmännischen Betrieb, von dem es sich doch sehr wesentlich unterscheidet und unterscheiden muss. So sagte er mir im Anfang seiner Tätigkeit einmal, er habe seit einiger Zeit die eingehende mit der ausgehenden Post verglichen und dabei mit Bedauern festgestellt, dass die Zahl der Ausgänge verhältnismässig verschwindend klein sei. Dabei übersah er vollständig, dass es nicht Aufgabe eines Ministeriums und am wenigsten des Aussenministeriums ist, jeden eingehenden Brief durch eine Antwort zu ‚erledigen', wie das in geschäftlichen Betrieben üblich ist, und dass diese Statistik daher ganz wertlos war. Aber unter den zahlreichen Gedanken, die ihm „bewaffnet aus dem Kopfe sprangen, wie Athene aus Zeus' Haupte", (Lehrs, Vorrede zu seinem Horaz[119], über Bentley), waren sehr viele blendende Entwürfe. Um so schwerer war es, dieses Feuerwerk zurückzuhalten. Was er sagte, klang zunächst oft sehr plausibel, aber wenn man der Sache auf den Grund ging, merkte man, dass der blendende Gedanke nicht ausführbar war. Lange Jahre vorher war mir bei Beratungen von Sachverständigen im Reichs-Justizamt eine ähnliche Eigenschaft bei Rathenau's erbittertem späteren politischen Gegner Helfferich aufgefallen; eine Verbindung von starker negativer Kritik der Vorschläge Anderer mit eigenen interessanten, aber oft nicht zu Ende gedachten Ideen. Wochenlang vor der Konferenz von Genua besprachen wir im kleineren Kreise, an dem auch Möllendorff[120] teilnahm, die Gedanken und Vorschläge, die Rathenau auf der Konferenz vorzubringen gedachte – zunächst die Schilderung der entsetzlichen wirtschaftlichen Zustände in Deutschland, das lamento, wie Rathenau es in seiner spöttelnden Art gern nannte, und dann die möglichen deutschen Leistungen. Rathenau bereitete seine Reden sehr sorgfältig vor. Seine erste grosse Rede auf der Eröffnungsversammlung in Genua, die einen grossen Widerhall im Auslande hatte, schloss er mit den Worten Ariosto's Io vo gridando pace, pace, pace![121] Auf dieses Zitat hatte ihn Riezler[122] aufmerksam gemacht und mehrere Tage vor der Rede fragte mich Rathenau,

[119] Q. Horatius Flaccus, mit vorzugsweiser Rücksicht auf die unechten Stellen und Gedichte, hrsg. von Karl Lehrs, Leipzig 1869.

[120] Wichard von Moellendorff, 1881–1937, von November 1916 bis 9. 8. 1919 Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt/Reichswirtschaftsministerium. Er scheiterte im Kabinett mit seinen Plänen zu einer Umgestaltung der deutschen Wirtschaft im Sinne einer Gemeinwirtschaft und nahm seinen Abschied. Vgl. Hagen Schulze, Einleitung, in: ARK, Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919, Boppard 1971, S. XLII-XLVII; Klaus Braun, Konservatismus und Gemeinwirtschaft. Eine Studie über Wichard von Moellendorff, Duisburg 1978, bes. S. 138–142. Mit Simson verband ihn in späteren Jahren die gemeinsame Tätigkeit im Aufsichtsrat der IG. Farben und im Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Aus beiden Gremien trat er 1933 aus – aus dem Senat der KWG gemeinsam mit den übrigen Senatsmitgliedern; vgl. ebenda, S. 177 f.

[121] Petrarca, Canzoniere CXXVIII.

[122] Dr. Kurt Riezler, 1882–1955, enger Mitarbeiter des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, für kurze Zeit 1919/20 Leiter des Büros des Reichspräsidenten und zum Gesandten ernannt,

ob ich fände, dass er es am Schluss seiner Rede sagen sollte. Ich erwiderte, dass es mir persönlich unmöglich sein würde, in dieser Versammlung von hartgesottenen Realpolitikern einen so pathetischen Appell an die Friedensliebe zu machen, wenn er es aber könne, fände ich es sehr gut. Und er machte es in der Tat sehr gut und wirksam. Er hatte überhaupt nie unter der andere Leute bisweilen bedrängenden Sorge zu leiden, dass seine Reden irgend Jemand langweilen könnten, und darin lag schliesslich eine gar nicht zu verachtende Stärke.

Das wesentlichste politische Ereignis auf der Genueser Konferenz war unser am 15. April 1922 mit der Sowjet-Regierung geschlossener Vertrag von Rapallo[123]. Die Russen hatten uns einige Wochen vorher in Berlin aufgesucht und dort schon auf den Abschluss dieses Vertrags gedrängt. Er sagte kurz und bündig, dass Deutschland und Russland gegenseitig auf alle Ansprüche aus dem Kriege verzichteten und sich auf unbeschränkte Zeit Meistbegünstigung einräumten. Seine politische Bedeutung lag darin, dass er Sowjet-Russland endgültig von den Allierten trennte und eine Art Freundschaftsbündnis defensiver Art mit Deutschland herstellte. Es war damals für jeden der Kontrahenten ein schwerer Entschluss, sich mit dem Anderen zusammenzutun. Die Bolschewisten wurden allgemein als mehr oder minder verrückte Verbrecher oder günstigenfalls als Ideologen angesehen; wir waren Gegenstand des Hasses der meisten Allierten und fast ganz machtlos. Auf der anderen Seite fühlten sich die Russen von den Allierten schlecht behandelt und isoliert und wir Deutschen hatten die schwere und sehr wohl begründete Sorge, dass es den unablässigen Bemühungen der Franzosen gelingen würde, die Russen zu den Allierten hinüberzuziehen und damit unsere Einkreisung mit feindlichen Mächten vollständig zu machen. In Berlin kam es nicht zu einem Vertragschluss, weil wir unmittelbar vor der Konferenz, von der wir immerhin einiges erhofften, unsere Gegner nicht vor den Kopf stossen konnten. Rathenau war an sich durchaus auf eine Versöhnung mit den Westmächten eingestellt und wollte sich viel lieber mit diesen einigen als mit den unheimlichen russischen Kommunisten. Der Reichspräsident Ebert war ein erbitterter Gegner von Sowjet-Russland, wie alle Sozialdemokraten, der [sic] in den Russen immer nur die Helfer ihrer schlimmsten Feinde, der deutschen Kommunisten sahen. Ebert nahm sogar dem Reichskanzler Wirth und Rathenau ein feierliches Versprechen ab, nichts mit den Russen in Genua ohne seine vorherige Zustimmung abzumachen. Die treibende Kraft für den Vertrag mit Russland war der damalige Direktor im Auswärtigen Amt, spätere Staatssekretär und Botschafter in Washington Baron Ago Maltzan[124], ein ausgezeichneter, kühl rechnender Diplomat, der viel Initiative besass. Maltzan hatte gute Verbindungen mit linksstehenden Politikern, stand aber durch seine Herkunft den Rechtskreisen nahe. Seine Politik wurde von den am Verkehr mit Russland interessierten Wirtschaftskreisen

zog er sich nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags unter Protest aus der Politik zurück. Seit 1915 mit der Tochter Max Liebermanns verheiratet, traf ihn ein ähnliches Schicksal wie Simson. Aus seinen Ämtern verdrängt, emigrierte er 1938 und fand Anstellung an der New School for Social Research in New York.

123 Vgl. Joeres, Forschungsbericht Rapallo, S. 103–126.

124 Adolf Georg Otto (gen. „Ago“) von Maltzan, 1877–1927, nach verschiedenen Auslandsmissionen 1919–1920 Reichskommissar für den Osten, seit 1921 Leiter der Abteilung Osteuropa des AA, 1922 Staatssekretär des AA, 1924 Botschafter in Washington; vgl. Joeres, Architekt von Rapallo.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sowie von dem Reichswehrministerium unterstützt, das in der Freundschaft mit Russland einen wichtigen Schutz sah. Für viele wirkte auch die alte bismarckische Tradition mit, so insbesondere auch für mich, der ich von Anfang an Maltzan's Politik unterstützt habe. Irgend welche militärische Verabredungen mit Russland sind aber meines Wissens nie in Frage gekommen. Gedanken an militärische Unternehmungen defensiver oder gar offensiver Art lagen damals auch den wildesten Rechtspolitikern noch fern; ausserdem war das Vertrauen in die Stabilität der Verhältnisse in Sowjet-Russland sehr gering[125].

In Genua aber entwickelten sich die Dinge sehr rasch so, dass wir zur Aktion genötigt wurden. Die Entente-Mächte versuchten mit Russland zu politischen Abreden zu kommen und machten das eigentlich wenig geschickt, indem sie eine Unterkommission für die Erörterung von politischen Fragen einsetzten, in der zwar die Russen beteiligt waren, von der aber Deutschland ausgeschlossen wurde. Durch die Russen, zum Teil auch durch Italiener hörten wir von den Verhandlungen in dieser Kommission. Bekanntlich sah der Versailler Vertrag vor, dass Russland dem Vertrag beitreten und dann ebenso wie die anderen Mächte Entschädigungen von uns verlangen könnte, während der in Berlin besprochene Entwurf eines deutsch-russischen Vertrags im Gegensatz hierzu den völligen gegenseitigen Verzicht auf Ansprüche in Aussicht nahm. Die Franzosen betrieben, um die Russen in ihr Lager herüberzuziehen, auf das eifrigste den Beitritt der Russen zum Versailler Vertrag. Lloyd-George war wohl nicht gerade sehr tätig dafür, lehnte aber auf der anderen Seite alle Versuche Rathenaus, mit ihm in Fühlung zu kommen ab, was uns natürlich verdächtig sein musste[126]. Lloyd-George hatte Dufour-Feromic[127], unseren in Genua anwesenden, damaligen Botschaftsrat in London, gelegentlich gefragt, ob ich nicht einmal mit ihm sprechen könne (was er wohl für weniger kompromittierend hielt), es kam aber nicht dazu und auch nicht zu einer direkten Fühlungnahme mit Maltzan. Inzwischen spitzte sich die Situation immer mehr zu. Die Russen nahmen mit einem gewissen Behagen eine etwas undeutliche Stellung ein, wohl um uns zu beunruhigen und damit zum Vertragsabschluss geneigter zu machen. Die Franzosen wollten ernsthaft den Abschluss mit Russland; Lloyd-George konnte seine Antipathie gegen die Bolschewisten nicht überwinden, scheute sich aber andererseits wegen der Franzosen, mit uns offen zu sprechen. Am Abend vor dem Vertrag von Rapallo kam spät – gegen 11 Uhr – ein italie-

[125] Hiernach wären Simson (und Rathenau) über das geheime Militärabkommen zwischen deutschen und russischen Militärs vom 3. 4. 1922 nicht informiert gewesen, obwohl sich der Text des Abkommens in den Beständen des Politischen Archivs findet. Zu Text und Kommentar vgl. Jörg Hentzschel-Fröhlings, Walther Rathenau als Politiker der Weimarer Republik, Husum 2007, S. 238–243, mit Dokument A 5, S. 297–299.

[126] Sitzung des Parteiausschusses der DDP vom 28. 5. 1922, darin Berichte von Georg Bernhard, Chefredakteur der Vossischen Zeitung und Gründungsmitglied der DDP, und Moritz Julius Bonn, Professor der Nationalökonomie, Mitglied der Friedensdelegation in Versailles und Sachverständigem für Reparationsfragen auf den Konferenzen von Spa und Genua; vgl. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe. 3, Bd. 5: Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, bearb. v. Konstanze Wegner, Düsseldorf 1980, Nr. 94, S. 240–252.

[127] Albert Dufour-Féronce, 1868 (London)-1945, Kaufmann und Industrieller, trat 1919 in den Auswärtigen Dienst ein und war von 1920 bis 1926 als Gesandter Mitglied der Deutschen Botschaft in London, später Untergeneralsekretär des Völkerbundes.

nischer Beamter (meiner Erinnerung nach der Konsul Guadini[128] in London) im Auftrag des Ministerpräsidenten [Facta] zu Wirth und erzählte ihm in Rathenau's, Maltzan's und meiner Gegenwart, dass in den nächsten Tagen die Entente mit Russland abschliessen werde. Dies stimmte mit den Nachrichten überein, die Maltzan von russischer Seite erhalten hatte[129]. Maltzan war auch von englischer Seite zum mindesten angedeutet worden (durch einen Mr. Wise[130], den Lloyd-George später verleugnete), dass England der Abschluss eines Vertrags zwischen Deutschland und Russland gar nicht so unangenehm wäre. Ich möchte nicht entscheiden, ob diese Maltzan'sche Quelle ganz klar war; sie war auch letzten Endes für uns nicht entscheidend. Wir einigten uns in der Nacht dahin, dass Rathenau, Maltzan, Gaus und ich am nächsten Morgen nach Rapallo zu den Russen fahren und eventuell mit ihnen den in Berlin besprochenen Vertrag abschliessen würden, um den Beitritt Russlands zur Entente zu verhindern. Es war keine Zeit mehr mit Berlin in Verbindung zu treten. Rathenau war in seinem Herzen gar nicht wohl bei dieser Entscheidung. Wirth, der sein Schwanken bemerkt hatte, bat mich am nächsten Morgen vor unserer Abfahrt nach Rapallo noch zu sich und gab mir den Auftrag, dafür zu sorgen, dass Rathenau unterzeichne, und eventuell falls Rathenau etwa nicht unterschreiben wolle, ihn zu Hilfe zu holen[131].

Die Russen wohnten (ähnlich wie wir seinerzeit in Spa) völlig isoliert von den übrigen Konferenzteilnehmern in Rapallo. Am frühen Morgen fuhren wir im Auto von Genua nach Rapallo, meiner Erinnerung nach etwa zwei Stunden, da der Weg nicht immer frei war, und einigten uns am Vormittag des 16. April mit Tschitscherin und Litvinow über die Grundlagen des bereits früher skizzierten Vertrags. Wir liessen dann Maltzan und Gaus zur Besprechung einiger Einzelheiten und zur Vorbereitung der Vertragsunterzeichnung in Rapallo, während wir über Mittag zu Baron Mumm nach seiner schönen Besitzung in Portofino fuhren[132]. Nach Tisch setzte ich Rathenau in einem kleinen Gast-

[128] Dr. Francesco Giannini, italienischer Wirtschaftssachverständiger; vgl. Carole Fink, The Genoa Conference. European Diplomacy, 1921–1922, Chapel Hill/London 1984, bes. S. 164 f.

[129] Simson geht hier nicht auf die geheimen Fühlungnahmen seitens der deutschen mit der russischen Delegation während der Osterwoche ein. Nach einem Brief Maltzans an den Legationsrat Hauschild, Leiter des Referats 3 (Rußland) im Auswärtigen Amt, vom 14. 4. 1922, war er selbst, Maltzan, am Vortag zusammen mit Simson und „einigen Sachverständigen in dem sehr entfernten Rapallo bei den Russen […], um mit ihnen über die weitere Entwicklung eine gewisse Fühlung zu nehmen". In: Joeres, Architekt von Rapallo, S. 376. Hiernach wäre Simson also bereits am Gründonnerstag schon einmal zu direkten Verhandlungen in Rapallo/S. Margherita gewesen. Zu den Vorgesprächen während der Osterwoche vgl. Fleischhauer, Rathenau in Rapallo, S. 383.

[130] Edward Frank Wise, 1885–1933, 1922 Assistenzsekretär im Board of Trade und als solcher in engerem Kontakt mit Lloyd George, in Genua dessen persönlicher Assistent, nahm 1923 seinen Abschied.

[131] Diese Anweisung ist in der Literatur bisher unbekannt. Indem er den Auftrag offenbar unwidersprochen annahm, ließ Simson sich in einen offenen Loyalitätskonflikt hineinziehen, denn Rathenau war sein unmittelbarer Vorgesetzter, und er selbst bezeichnete sich als dessen „nächsten Mitarbeiter".

[132] Philipp Alfons Frhr. Mumm von Schwarzenstein, 1857–1924, deutscher Gesandter in Peking und Botschafter in Tokio, 1918 Leiter der deutschen Delegation bei den Verhandlungen in Kiew über ukrainische Getreidelieferungen an Deutschland und deutscher Geschäftsträger, später Botschafter bei der Volksrepublik Ukraine. Der Besuch Rathenaus und Simsons bei

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

haus in S. Margherita ab und fuhr zunächst allein nach Rapallo, um von Maltzan und Gaus zu hören, wie die Sache stand. Es war alles fertig. Von Genua aus war inzwischen an Maltzan telephoniert worden, dass Lloyd-George Rathenau sprechen wolle. Nun mit einem Male, nachdem er es vorher wiederholt unter Ausflüchten verhindert hatte! Ich einigte mich mit Maltzan dahin, Rathenau hiervon garnichts zu sagen, ehe unterzeichnet war, und fuhr wieder nach S. Margherita[133]. Ich fand Rathenau in etwas bedrückter Stimmung und musste ihm peinlich kräftig zureden. Ich besinne mich noch, wie ich ihm sagte, die deutschen Schulkinder würden später den 16. April 1922 als den Tag lernen müssen, an dem die deutsche Politik zu der unglücklicherweise am 20. März 1890 (Bismarcks Entlassung) aufgegebenen Richtung zurückgekehrt sei[134]. Schliesslich richtete er

Mumm fand in dessen Familiensitz Castello San Giorgio oberhalb von Portofino statt. Die Vermutung liegt nahe, daß Rathenau sich vor der ihn persönlich belastenden Entscheidung zur Vertragsunterschrift den Rat des erfahrenen Diplomaten und Kenners aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen in Osteuropa einholen wollte.

[133] Von der hier mitgeteilten Vereinbarung zwischen Simson und Maltzan wird in der Literatur nicht berichtet. – In Simsons Darstellung gibt es keinen Raum für eine nachmittägliche Konferenzbeteiligung Rathenaus und eine persönliche Einwirkung auf die Abfassung des endgültigen Vertragstextes. Vgl. die abweichende Darstellung des Tagesablaufs bei Friedrich Gaus, 1922: Rapallo – wie es wirklich war. Bisher nicht veröffentlichte Aufzeichnungen aus Anlass des Abschlusses des deutsch-sowjetischen Vertrags, in: Vorwärts vom 7. 10. 1971, S. 13: „Als er [Maltzan] Rathenau telefonisch von der Mitteilung Wirths verständigte, wünschte der Außenminister zunächst noch einmal mit seinen Mitarbeitern allein zusammenzutreffen, wofür er ein gemeinsames Frühstück in einer kleinen italienischen Trattoria in Rapallo verabredete. Auch während dieses Frühstücks vermied Rathenau zunächst noch eine entschiedene Stellungnahme und erklärte dann auf die Frage, was den Sowjet-Vertretern nun gesagt werden solle, er müsse darüber einige Minuten draußen am Strande vor dem Restaurant nachdenken. Man sah ihn dann dort einige Zeit auf- und abwandeln, bis er mit ernstem Gesicht an den Frühstückstisch zurückkehrte und seinen Entschluß mit dem französischen Sprichwort bekannt gab: Le bouchon est tiré, il faut boire. Man fuhr gemeinsam zum russischen Quartier zurück, wo dann ohne weiteres zur Unterzeichnung des Vertrages geschritten wurde." Ohne hier weiter auf die Problematik der Zeitstellung („Frühstück") einzugehen, sei Fleischhauer, Rathenau in Rapallo, S. 401 f., zitiert: „Rathenau […] beschloss dann ‚mit ernstem Gesicht', an den Verhandlungstisch zurückzukehren. […] In den Verhandlungen nahm Rathenau eine überaus feste Position ein. Er sprach von den ‚Kämpfen von Rapallo', die noch am Nachmittag anhielten." Dem kann sich der Herausgeber nicht anschließen; nach seiner Meinung hat Rathenau nur einmal, direkt nach der Ankunft im russischen Quartier, an den konkreten Verhandlungen teilgenommen. Das Wort von den „Kämpfen von Rapallo" stammt aus einem Brief Rathenaus an seinen politischen Staatssekretär Haniel von Haimhausen und kann aus dem Verständnis des Kontextes heraus nicht als Beleg für Rathenaus persönliche Beteiligung an diesen nachmittäglichen „Kämpfen" herangezogen werden. Joeres, Architekt von Rapallo, S. 434 f. mit Anm. 1927, schätzt den Gausschen Text erheblich kritischer ein, schließt aber eine Rückkehr Rathenaus an den Verhandlungstisch nicht deutlich aus.

[134] Fleischhauer, Rathenau in Rapallo, S. 394, Anm. 157, verweist auf Raumer, der am Ostersamstag mit dem gleichen „Gewissensdiktat" auf Rathenau eingewirkt habe. Bei Hans von Raumer, Dreißig Jahre nach Rapallo, in: Deutsche Rundschau 78/1 (1952), S. 329, heißt es: „wurde ich mir bewußt, eine Art Gewissenszwang ausgeübt zu haben." Wirth hat später bei der Verteidigung des Rapallo-Vertrags argumentiert, es sei darum gegangen, Rußlands „politische Kraft erneut zur Geltung zu bringen, die in Bismarcks Zeiten eine ausschlaggebende

sich auf, zog seine Handschuhe an und sagte: Enfin, le vin est tiré, il faut [le] boire[135] und so fuhren wir nach Rapallo. Die Unterzeichnung (durch Tschitscherin und Rathenau) erfolgte sehr rasch. Wir fuhren in den Abend hinein nach Genua zurück, Maltzan und ich sehr erleichtert, und wurden von Wirth freudig begrüsst. Nun aber begann alsbald von allen Seiten der Sturm, denn die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrags wirkte wie eine Bombe, in unserer eigenen Delegation, bei den Neutralen, bei der Entente und nicht zum wenigsten in Berlin. Man wusste gar nicht wo man zuerst erklären und beruhigen sollte. Unsere wirtschaftlichen Sachverständigen, namentlich die Finanzleute, waren ziemlich ausser sich; sie machten uns den meiner Meinung nach gänzlich unberechtigten Vorwurf, dass wir dadurch eine beinahe erreichte Einigung mit der Entente über die Reparationsfragen unmöglich gemacht hätten. Tatsächlich war damals eine irgendwie vernünftige Einigung[136] über diese Fragen noch ausgeschlossen; es bedurfte einer weiteren beinahe zehnjährigen bitteren Erfahrung für die Ententemächte, um sie schliesslich in Lausanne (1932) von ihren unmöglichen Ideen abzubringen. Auch die Neutralen machten uns die grössten Vorwürfe. Dem Schweizer Bundespräsidenten Schulthess und dem trefflichen Schweizer Aussenminister Motta, die mich sofort in grosser Aufregung aufsuchten, konnte ich nur schwer unseren Standpunkt klarmachen. Es war ihnen unfasslich, dass man mit diesen geschworenen Feinden des Privateigentums überhaupt einen Vertrag schliessen könne. Ich setzte ihnen die politischen Gründe auseinander und suchte ihnen klar zu machen, dass dem deutschen Privateigentum viel schwererer Schaden von den Westmächten und dem früheren zaristischen Régime zugefügt worden war als von den Sowjets. Am grössten war die Empörung und Bestürzung bei den Franzosen und Engländern. M. Barthou[137] verlor in seinem Ärger gänzlich die diplomatische Haltung, indem er unsere absolut wahrheitsgetreue Schilderung der Vorgänge in einem amtlichen Dokument als allégations menso[n]gères bezeichnete. Es ist eine gewisse Ironie des Schicksals, dass wenige Jahre später derselbe Barthou der Hauptkämpfer für eine enge Verbindung Frankreichs mit Sowjet-Russland geworden ist, die er offenbar weniger unmoralisch und verwerflich fand[138]. Auch Lloyd-George war aufs höchste beunruhigt. Er bat nun, als es zu spät war, Rathenau sofort zu sich und machte seinem Unmut Luft. Durch aufgefangene Telegramme der Japaner, die über Berlin nach Tokio gingen, erfuhren wir, wie bestürzt Lloyd-George sich in den Kreisen der Allierten

Rolle gespielt hat." In: Fleischhauer, Rathenau in Rapallo, S. 398, Anm. 177; vgl. auch Joeres, Architekt von Rapallo S. 377.

[135] Fleischhauers Interpretation des Sprichworts als „Kelch, der geleert werden müsse" und der von ihr behauptete Bezug zum Ostermysterium überzeugt nicht. Wenn ein Bezug zur Karwoche hatte bestehen sollen, so wiese das Bild des Kelches allenfalls auf den Gründonnerstag/Karfreitag, nicht aber auf den Ostersonntag, das Fest der Auferstehung. Die Vokabel „tirer" ist übrigens als „zapfen, aus dem Faß ziehen" zu verstehen. Eine Datierung der Äußerung Rathenaus auf den „frühen Morgen" ist aus den Quellen nicht nachprüfbar. Fleischhauer, Rathenau in Rapallo, S. 396 mit Anm. 169, gibt dazu leider keinen Hinweis. Simsons Version des späten Nachmittags erscheint plausibler.

[136] In der Vorlage folgt gestrichen: „mit der Entente".

[137] Louis Barthou, 1962–1934, 1913 Ministerpräsident, zur Zeit der Konferenz von Genua Justizminister und Leiter der französischen Delegation, 1934 Opfer eines Attentats.

[138] Vgl. Frédéric Dessberg, Le triangle impossible. Les relations franco-soviétiques et le facteur polonais dans les questions de sécurité en Europe (1924–1935), Brüssel 2009.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über diese Bildung eines „Blocks von 200 Millionen" gegen die Entente geäussert hatte. Die Welt war seit der Niederlegung der Waffen durch Deutschland im November 1918 daran gewöhnt, dass Deutschland, wenn auch protestierend, alles über sich ergehen liess und dieser plötzliche Beginn einer aktiveren Politik erregte allgemeines Erstaunen. Ich wurde von Genua auf einige Tage nach Berlin geschickt, um den dortigen Kabinettsmitgliedern und vor allem dem Reichspräsidenten Ebert Bericht zu erstatten und unser Vorgehen zu erklären. Ebert war und blieb ein Gegner des Vertragsabschlusses mit Russland und hat es wohl weder Wirth noch Rathenau in seinem Herzen vergeben, dass sie ihn vor ein fait accompli gestellt haben. Mich persönlich liess er aber diese Missstimmung nicht entgelten, obwohl ich ihm keineswegs verheimlichte, dass ich von Anfang an für den Vertragsabschluss eingetreten war[139]. Die Stimmung auf der Konferenz beruhigte sich allmählich wieder etwas, wenn auch die Beziehungen zwischen uns und den Franzosen und Engländern natürlich sehr kühl blieben. In der Reparationsfrage kam man nicht voran. Natürlich erklärten das die uns näher stehenden Engländer mit dem angeblich entsetzlichen Fehler, den wir durch den Russen-Vertrag begangen hätten; nach meiner bestimmten Überzeugung wäre es aber ohne den Vertrag nicht besser und vielleicht sehr viel schlimmer geworden[140]. Wäre es den Franzosen damals gelungen, die Russen zur Entente herüberzuziehen, so wären die Ansprüche sicher nicht kleiner, sondern grösser geworden, und, wenn die Russen der Entente gegenüber ablehnend geblieben wären, so wäre die Konferenz ebenso im Sande verlaufen wie sie es tatsächlich tat. Man suchte zwar mit einigen schönen Phrasen, namentlich einer vielgerühmten treuga dei – einer Art von Vorläuferin des Kellogg-Paktes – für Lloyd-George eine Art von Scheinerfolg zu konstruieren. Tatsächlich kam er mit einem entschieden stark beschädigten Renommée von der Konferenz zurück und vom deutschen Standpunkt aus konnte das nur eine Verbesserung bedeuten, weil damit der wichtigste der natürlichen Verteidiger des Vertrags von Versailles ausschied.

Der Vertrag von Rapallo hat, was das unmittelbare Verhältnis zwischen Deutschland und Russland angeht, nicht die Folgen gehabt, die wir erhofft hatten. Wohl hat er die wirtschaftliche Annäherung und den Warenaustausch zwischen beiden Ländern gefördert[141] und die Grundlage zu späteren rein handelspolitischen Verträgen gebildet. Die tiefgehenden Unterschiede in der Weltanschauung und Staatsauffassung zwischen den Bolschewisten und uns und der finstere Fanatismus ihrer leitenden Staatsmänner machten aber praktisch eine wirkliche Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und erst recht auf dem politischen Gebiete unmöglich. Die politische Wirkung bestand zunächst nur

[139] ADAP, Serie A, Bd. VI, Göttingen 1988, Nr. 70. Der dort abgedruckte Bericht Simsons an Wirth in Genua scheint die einzige erhaltene schriftliche Aufzeichnung über die Berliner Besprechungen geblieben zu sein. Vgl. auch Fleischhauer, Rathenau in Rapallo, S. 366, Anm. 6, die daraus zwar zitiert, aber auf die Passage „bin freundlich angehört worden", verzichtet. Fleischhauer vermißt eine ausführlichere Aufzeichnung Simsons in den Akten des Auswärtigen Amts und spricht in diesem Zusammenhang (zu Recht oder zu Unrecht?) von „einem höchst ungewöhnlichen Umgang mit zentralen Dokumenten" (ebenda, S. 392 mit Anm. 140).

[140] Zu einer distanzierteren Einschätzung des Vertrags seitens Simsons vgl. Hill (Hrsg.), Weizsäcker-Papiere, Bd. 1, S. 350.

[141] In der Vorlage folgt gestrichen: „die tiefergehenden Unterschiede".

in einer Festigung des Selbstvertrauens der Deutschen, in der Förderung der Erkenntnis, dass ein entschlossener Widerstand gegen unmögliche Ententeforderungen nicht sinnlos sei und in dem Bewusstsein, dass Deutschland eben nicht völlig isoliert in der Welt dastehe. Es ist nach meiner Ansicht unrichtig, diese psychologischen Momente gering zu schätzen, wenn auch natürlich ihr Wert nicht messbar ist. Noch heute halte ich den Abschluss des Vertrags für richtig, nicht so sehr wegen der Vorteile, die er gebracht hat, sondern wegen der möglichen Gefahren, die er verhinderte. Im übrigen hat der Vertragsabschluss mittelbar die allergrössten Folgen gehabt. Es ist immer schwer zu sagen, wie weit die Folgen eines politischen Ereignisses gehen. Denn es ist ja nicht nur eine Kausalreihe, die auf die Zukunft wirkt, sondern es laufen viele zusammen und es ist nicht möglich zu erkennen, was geschehen sein würde, wenn eine der Kausalreihen nicht vorhanden gewesen wäre. Trotzdem kann man nach meiner Ansicht sagen, dass der Vertragsabschluss in seinen weiteren Folgen eine ungeheure Wirkung gehabt hat. Denn durch diese politische Geste Deutschlands wurde, wenn auch nicht sofort, so doch später für eine gewisse Zeit eine engere wirtschaftliche Verbindung Deutschlands und Russlands wieder hergestellt. Russland erteilte der deutschen Industrie, insbesondere der Rüstungsindustrie im Laufe der folgenden Jahre ganz gewaltige Aufträge und stellte ihr neue und höchst komplizierte Aufgaben. Dadurch wieder entstand eine doppelte Folge. Einmal legte Russland den Grund zu einer industriellen Entwicklung, deren Ausmasse erst der Krieg mit Hitler der übrigen Welt klargemacht hat. Andererseits aber entwickelte sich die deutsche Industrie auf manchen Gebieten z. B. dem Maschinenbau, zu ihrer alten Höhe und darüber hinaus, gerade durch die enorm scharfen Bedingungen, die von der sehr wohl unterrichteten und hervorragend beratenen russischen Regierung gestellt wurden. Und diese Industrieentwicklung in Deutschland wieder war es, welche später die ungeheure und rasche Aufrüstung überhaupt erst möglich gemacht hat. Man kann nicht sagen, dass Lloyd-George die Gefahren eines Zusammenschlusses von Deutschland und Russland für die Allierten nicht klar erkannt hätte – ich weiss aus den vorhin erwähnten japanischen Telegrammen vielmehr, dass er die schwersten Besorgnisse hatte. Aber seine innerpolitische Stellung war nicht mehr stark genug als dass er sich eine Entzweiung mit Frankreich hätte leisten können und die französische Politik, hypnotisiert von dem Gedanken der Schaffung von Sicherheiten gegen Deutschland, hat damals wie später durch ihre Haltung gerade das Gegenteil von dem erreicht, was sie eigentlich wünschte. Das ist eine im Verhältnis Deutschland-Frankreich nicht mehr neue Erfahrung. Die napoleonischen Siege haben zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts den verlorenen Gedanken der deutschen Einheit erst wieder neu geschaffen und im 20. Jahrhundert hat der Vertrag von Versailles durch seinen politischen und namentlich den ökonomischen Druck aus dem relativ losen und dadurch mehr defensiven als offensiven Staatengebilde des Bismarckischen deutschen Reichs eine durch gemeinsames Unglück und gemeinsame Lasten untrennbar verbundene Zwangseinheit gemacht, die mit ihrem Zustand auf die Dauer nicht zufrieden bleiben konnte. Ebenso falsch war es vom Standpunkte der englischen und französischen Interessen, Deutschland und Russland durch gemeinsame schlechte Behandlung, die der Furcht vor beiden entsprang, zusammenzutreiben, wie denn überhaupt Furcht und Misstrauen schlechte Ratgeber sind. Und sie waren und blieben die Triebfeder aller französischen Politik zwischen den beiden grossen Kriegen. In England hatte man wohl vielfach ein Gefühl dafür, dass dies nicht richtig sei,

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aber man konnte sich eben doch nicht entschliessen, entweder wirklich mit Deutschland zusammenzugehen, als dies zu Brünings und Stresemanns Zeiten noch möglich war, oder Russland als wirklich gleichberechtigte Grossmacht zu behandeln. Man kann in der Geschichte nach meiner Überzeugung niemals sagen: Dies Ereignis oder dieser Mann ist Schuld an allem. Es sind eben viele Umstände, die zusammenwirken, und es wird gesündigt intra muros et extra. Für eine solche Erkenntnis hat die grosse Menge kein Verständnis, am wenigsten in Kriegszeiten, und man macht sich gewöhnlich unbeliebt, wenn man sie ausspricht. Ich schreibe sie daher auch zunächst nur für mich auf und überlasse alles weitere der Zukunft, die uns ja alle klüger machen wird.

Der Abschluss des Vertrags von Rapallo brachte uns auf der Konferenz in engere Beziehungen zu den Leitern der russischen Delegation, namentlich zu Tschitscherin[142], Litwinow[143], Krassin[144] und Rakowski[145]. Litwinow, der mir persönlich höchst unsympathisch war, spielte damals wenigstens äusserlich nur eine sehr unbedeutende Rolle. Krassin, ein früherer Vertreter von Siemens in Russland, war derjenige von den Russen, der das grösste Verständnis für die deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse hatte, aber auch ein ziemlich verschlossener, nicht leicht zu behandelnder Fanatiker. Rakowski war ein besonderer Virtuose in der Behandlung der Presse, für die natürlich die Russendelegation das Hauptinteresse war; nach dem Vertrag von Rapallo noch stärker als vorher. Der führende Mann der Russen war Tschitscherin, schon damals ein Sonderling, aber nicht der kranke Mann, der er später wurde. Gleich in der Eröffnungsversammlung hatte er allgemeines Erstaunen und zum Teil Bewunderung erregt, durch die ungemein sichere, sarkastische Art, mit der er Lloyd-George's Angriffe abfertigte. Lloyd-George hatte sich offenbar vorgestellt, in der russischen Delegation bussfertigen Sündern zu begegnen, denen man nur das Absurde ihrer Anschauungen vorzuhalten brauche, um sie zu vernünftigen Ansichten und zur Umkehr zu überreden. Er sprach sehr von oben herab und verlangte kategorisch Abrüstung und Anerkennung der Heiligkeit des Privateigentums durch die Sowjets, ehe man mit ihnen verhandeln könne. Tschitscherin machte ihn zunächst sehr bestimmt darauf aufmerksam, dass Russland keinen Krieg gegen die Entente verloren habe und dass deshalb die Sprache eines Siegers ihm gegenüber ungeeignet sei. In Bezug auf Abrüstung sei Russland, seit dem Beginn der Sowjetherrschaft immer für allgemeine und völlige Desarmierung eingetreten; er werde sich sehr freuen, wenn England und Frankreich zu ebenso radikaler Abrüstung auf allen Gebieten bereit sein sollten, halte das aber vorläufig für nicht sehr wahrscheinlich. Die Äusserungen Lloyd-Georges',

[142] Georgii Vasilevich Chicherin, 1872–1936, 1918–1930 sowjetischer Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Unterzeichner des Friedens von Brest-Litowsk und Leiter der sowjetischen Delegation in Genua.

[143] Maksim Maksimovich Litvinov, 1876–1951, seit 1918 Mitglied des Direktoriums für Auswärtige Angelegenheiten, 1922 Leiter der sowjetischen Delegationen auf den Konferenzen im Haag, 1930–1939 Volkskommissar.

[144] Leonid Borisovitch Krassin, 1870–1926, ehemals Ingenieur bei Siemens-Schuckert in Berlin, seit 1918 Volkskommissar, besonders für Außenhandel, beteiligt an den Berliner Sondierungen vor Rapallo, 1924 Botschafter in Paris, seit 1925 Botschafter in London.

[145] Christian G. Rakowski, damals Präsident der Ukrainischen Sowjet-Republik, 1925–1927 sowjetischer Botschafter in Paris, nach Landesverweis, Wiederannäherung an Stalin und neuerlichem Prozeß 1941 im Gulag erschossen.

dass vor allem das Privateigentum heilig gehalten werden müsse, seien ihm sehr interessant und überraschend gewesen. Welcher von den Kriegführenden habe denn zuerst und zwar in Übereinstimmung mit seiner überlieferten und immer praktisch ausgeübten Rechtsauffassung das Privateigentum der Kriegsgegner konfisziert? Er habe immer gehört, dass dies England gewesen sei, und wundere sich, dass Lloyd-George nun hier als der Schützer der Heiligkeit des Privateigentums auftrete. Die auch rhetorisch sehr gut in fliessendem französisch vorgebrachte Rede wirkte sehr stark, und Lloyd-George sass da, wie die alte Gräfin Pontak in „Soll und Haben" bei Antons Vorstellung durch Fink: „wie ein Raubvogel, dem ein grösserer seine Beute abgejagt hat". Zwischen Tschitscherin und der deutschen Delegation entwickelte sich in Genua eine Art von Vertrauensverhältnis; wir besprachen vielfach, wie wir uns gegenüber Angriffen der Ententemächte auf der Konferenz zu verhalten hätten und Tschitscherin zeigte sich hierbei als ein umsichtiger und gewandter Politiker. Er nahm übrigens – was im Lichte späterer Ereignisse nicht ohne Interesse ist – schon damals Beziehungen zu den italienischen Faschisten auf, die noch in der Opposition waren, aber immerhin einen politischen Einfluss besassen. Tschitscherin fuhr im Auto von Genua zu d'Annunzio auf dessen Besitzung am Garda-See[146] – vorn ein Auto der Faschisten, dann Tschitscherins Auto und am Schluss ein Auto der italienischen Regierung, die ja bald den Faschisten weichen sollte. Ein positives Ergebnis hat die Zusammenkunft meines Wissens nicht gehabt. In der russischen Delegation befanden sich auch einige Überbleibsel aus zaristischer Zeit, namentlich Tschitscherins Privatsekretär Florinski[147], der mit meinem Attaché Duckwitz[148] – einem gewandten jungen Mann aus der bekannten Bremer Familie, der früher Kaufmann gewesen war – sehr gut stand. Bei Duckwitz bin ich später auch gesellschaftlich mit Tschitscherin zusammen gewesen, ebenso wie Tschitscherin zusammen mit Rathenau im Sommer 1922 auf einem Diner in unserem Dahlemer Hause war. Er war ein Mann, der für wirtschaftliche Gedankengänge gar keine Aufnahmefähigkeit und nach meiner Empfindung im übrigen grösseres Interesse für Asien als für Europa hatte. Als im Spätsommer 1922 auf der Höhe der Inflation der Reichskanzler Wirth ein alarmierendes Telegramm über die Lage in Deutschland an zahlreiche der Entente nicht angehörende Länder geschickt hatte, erschien Tschitscherin, der gerade in Berlin war, am nächsten Morgen bei mir im Auswärtigen Amt. Man hatte ihn von Moskau aus über das Telegramm unterrichtet und er schlug mir zu meinem Entsetzen vor, dass Russland als Sympathiekundgebung ein Geschwader nach Kiel schicken wollte. Nun lag es damals keineswegs in unseren Wünschen, eine so enge Verbindung mit Russland einzugehen und gegen allzu enge Berührungen zwischen der russischen und deutschen Flotte bestanden auch sonstige politische Bedenken, abgesehen davon, dass die vereinigten Seemächte Deutschlands und Russlands im Jahre 1922 auf keinen unserer Gegner irgend welchen Eindruck gemacht hätten. Ich hatte einige Mühe, ihm seine Idee höflich auszureden, und fluchte innerlich auf Wirth, der in einer

[146] Der heutige „Il Vittoriale degli Italiani" in Gardone Riviera.

[147] Dimitri Florinski, Mitarbeiter, später Protokollchef im sowjetischen Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 1934 nach Sibirien deportiert, hat überlebt. Florinski war beteiligt an den deutsch-sowjetischen Sondierungen zum Rapallovertrag; vgl. ADAP, Serie A, Bd. V, Göttingen 1987. Nr. 237, Anm. 1.

[148] Albert Duckwitz, Mitglied des Sekretariats der deutschen Delegation.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

plötzlichen Aufregung und ohne mich zu konsultieren (er war damals als Nachfolger Rathenau's Aussenminister) seine überflüssige Zirkularnote losgelassen hatte. Ich kehre nach dieser Abschweifung zu Genua zurück.

Die Stadt Genua hat mir während dieses langen Aufenthaltes sehr gefallen – abgesehen von dem ungeheuren Lärm. Wir wohnten nicht, wie die Engländer und Franzosen, in dem modernen Hotel Miramara, sondern oben in der Stadt in einem älteren, einfachen Hotel Eden, in dem man aber sehr gut verpflegt war (namentlich mit den mir sehr angenehmen Spezialitäten der italienischen Küche und Gemüse und Obst) und das ausserdem einen schönen alten Garten hatte. Morgens erregte ich das lebhafte Erstaunen des Hotelpersonals und, wie ich fürchte, einige Zweifel an meiner geistigen Intaktheit, weil ich sehr früh mit Duckwitz vor dem Frühstück auf die hinter Genua liegenden Anhöhen ging, um etwas Bewegung zu haben, zu der ich am Tage wegen meiner sehr grossen Arbeitsbelastung nicht kam. Ich habe das ebenso vorher in Brüssel und später oft in Paris getan, immer grossem Erstaunen begegnend. Unter romanischen Völkern ist wohl das Spazierengehen überhaupt weniger üblich. Einen italienischen Rittmeister, der bei meinem Regiment stand, forderte ich einmal bei einem Brigademanöver, wo wir in der Nähe des alten Jagdschlosses Stern bei Wannsee waren, zu einem Spaziergang dorthin auf. Er gab mir später seine Photographie mit der Inschrift: „Zur Erinnerung an den Tag, an dem wir 9 Kilometer gegangen sind", was ihm offenbar wie eine Art von Marathon-Lauf vorkam. Mit Rathenau (der so gut wie nicht ging) bin ich viel im Auto gefahren, wobei wir denn auch Besprechungen hatten. Wir hatten einen sehr guten italienischen Chauffeur, mit dem wir sehr zufrieden waren, bis wir eines Tages zu unserer leichten Beunruhigung hörten, dass er längere Zeit in einer Irrenanstalt gewesen sei. Ich ging der Sache nach und stellte fest, dass er bei Ausbruch des Krieges in eine Irrenanstalt gegangen war und diese unmittelbar nach Friedensschluss wieder verlassen hatte. Ich sagte dann Rathenau, dass wir uns diesem Chauffeur ruhig weiter anvertrauen könnten, da er offenbar entschiedenen Wert auf sein eigenes Leben lege. Tatsächlich hat er uns auch auf den keineswegs leicht zu befahrenden Strassen Genuas und seiner Umgebung ohne jeden Unfall befördert. Das Fahren war insbesondere durch zwei Umstände erschwert: im Stadtbezirk fuhr man auf der linken Seite, ausserhalb des Stadtbezirks auf der rechten Seite. Dies ist schon an sich etwas verwirrend, namentlich aber dann, wenn die Fahrer fast alle Fremde sind und die Stadtgrenzen nicht kennen. Ausserdem war ständig ein Teil der Strassen in Reparatur; man fuhr sehr viel über spitze Steine, so dass ich einmal Herrn Sirelli[149] – den grossen Reifenfabrikanten, einen der italienischen Sachverständigen – fragte, ob er eigentlich derjenige wäre, der für den Zustand der Strassen Sorge trage. Wir hatten in unserem Hotel, da Wirth und Rathenau gern Gäste sahen, viel Besuch Mittags und Abends, was vielfach interessant, neben der Arbeit aber recht anstrengend war. Die gesellschaftliche Fühlung mit den anderen Delegationen – die englische und französische waren natürlich noch immer ausgenommen – erwies sich für die politische Information auch öfters als ganz nützlich. Rathenau zeigte sich hierbei von seiner liebenswürdigsten Seite und bildete einen entschiedenen Anziehungspunkt. Gute

[149] Dr. Alberto Pirelli war später Präsident der Internationalen Handelskammer, der auch Simson angehörte.

Beziehungen verbanden uns mit den Ungarn Graf Bethlen[150], Graf Khuen[151] und Graf Bauffy[152], die mich einmal gemeinschaftlich in meinem Zimmer aufsuchten und mit denen ich, auf Rohrstühlen um mein Bett herumsitzend, besprach, inwiefern ein intensiveres Zusammenarbeiten möglich wäre. Die Ungarn – etwas weiter vom Schuss als wir – waren immer sehr für unfreundliche Demonstrationen gegen die Entente, die aber für uns mehr Risiko als Chance boten; andrerseits waren sie natürlich gegen jede Zusammenarbeit mit den Sowjetleuten, so dass es nicht zu irgend welchen gemeinsamen Aktionen kam. Unvergesslich ist mir ein Ausflug im Mai nach San Remo, das um diese Jahreszeit sehr leer war, wo aber die Rosen herrlich blühten. Mit Rathenau fuhr ich einmal nach Portofino-Kulm, von wo man eine wunderbare Aussicht hat, und ich besitze noch eine Postkarte, die wir von dort gemeinsam an meinen Sohn Martin schrieben. Rathenau war etwas elegisch wegen der in den ersten Tagen nach dem Rapallo-Vertrag eingetretenen Verfehmung durch die Entente und datierte, etwas doppelsinnig-schmerzlich, die Karte: „500m über Genua".

Die Stadt Genua hat für mich einen grossen Reiz. Als Kuriosum fiel mir auf, dass man dort Gedenktafeln nicht für besonders verdienstvolle, sondern gerade umgekehrt für besonders verruchte Mitbürger anzubringen pflegte und es amüsierte mich, die ausführlichen Schmähungen dieser längst verstorbenen und vergessenen Männer zu entziffern. Es ist vielleicht gar kein so übler Gedanke, die Erinnerung an Missetäter auf diese Art wach zu halten. Aber eine alte Marmortafel mit schöner Inschrift in klassischem Latein und solchem Inhalt hat doch etwas Komisches, besonders wenn man von dem Verbrecher nichts mehr weiss und nicht beurteilen kann, ob es nicht nur eine unberechtigte Privatrache eines politischen Gegners war.

[150] Graf István Bethlen, 1922 ungarischer Ministerpräsident.
[151] Graf Kuehn-Héderváry, Leiter der Politischen Abteilung des ungarischen Außenministeriums.
[152] Graf Banffy, ungarischer Außenminister.

Jahrgang 60 (2012), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de